

**Prognose der
österreichischen
Wirtschaft 2008-2009**

Oktober 2008

SPERRFRIST: Donnerstag, 2. Oktober 2008, 12.00 Uhr

Prognose der österreichischen Wirtschaft 2008-2009

Jahresmodell LIMA/05
Oktober 2008

Die ökonometrischen Modellprognosen
werden von einer Arbeitsgruppe
der Abteilung Ökonomie erstellt:

Bernhard Felderer

Ines Fortin

Daniela Grozea-Helmenstein

Jaroslava Hlouskova

Helmut Hofer

Robert Kunst

Ulrich Schuh

Wolfgang Schwarzbauer

Edith Skriner

Ludwig Strohner

Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Kontakt:

Bernhard Felderer
☎: +43/1/59991-125
email: felderer@ihs.ac.at

Helmut Hofer
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

Ulrich Schuh
☎: +43/1/599 91-148
email: schuh@ihs.ac.at

Tanja Gewis
Public Relations
☎: +43/1/599 91-122
email: gewis@ihs.ac.at

Das Institut für Höhere Studien (IHS) wurde im Jahr 1963 auf Initiative von Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Unterstützung durch die Ford Foundation, das Österreichische Bundesministerium für Unterricht und die Stadt Wien als ein privater gemeinnütziger Verein gegründet. Seit seinen Anfängen ist das IHS dem Prinzip verpflichtet, dass wissenschaftliche Forschung und Zusammenarbeit eine Plattform für kritische Diskussion, Konsensfindung und sowohl offene als auch kritische wissenschaftliche Expertise bietet. Das höchste Organ des Instituts ist ein Kuratorium, das sich aus bedeutenden Persönlichkeiten aus Politik, Wissenschaft und Wirtschaft zusammensetzt. Außerdem wird das Institut von einem international besetzten Beirat unterstützt. Die Finanzierung erfolgt über Subventionen des Bundes (BM für Finanzen und BM für Wissenschaft und Forschung), der Oesterreichischen Nationalbank, der Gemeinde Wien und sonstiger Institutionen. Über 40 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet.

Inhaltsverzeichnis

1.	Einleitung und Zusammenfassung	1
	Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse	4
	Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse	5/6
2.	Die internationale Konjunktur	7
	2.1 Internationale Konjunkturprognosen	7
	2.2 Länderprognosen	9
	Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen	18
3.	Die österreichische Außenwirtschaft	19
	Abbildung: Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten	20
4.	Perspektiven der Inlandskonjunktur	21
	Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte	21
	Abbildung: Beurteilung der Auftragsbestände	23
	Abbildung: Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate	23
	Abbildung: Kapazitätsauslastung in der österreichischen Industrie	24
	Abbildung: Inflationsrate	27
	Texttabelle: Arbeitsmarktentwicklung 2008	28
5.	Monetäre Prognose	30
	Abbildung: Ergebnisse der monetären Prognose	32
	Tabellenanhang	33

1. Einleitung und Zusammenfassung

Abschwung kräftiger als erwartet

In Europa hat sich die Konjunkturlage im zweiten Quartal deutlich verschlechtert. Das BIP im Euro-Raum ist gegenüber dem Vorquartal um 0.2 % gefallen, allerdings nach einem kräftigen Wachstum von 0.7 % im ersten Quartal. Die großen Länder des Euroraums (Deutschland, Italien und Frankreich) verzeichneten einen leichten Wirtschaftsrückgang gegenüber dem Vorquartal. Lediglich in den USA hat die Konjunktur mit einem Wachstum von 0.8 % gegenüber dem Vorquartal wieder etwas an Fahrt gewonnen. Die seit letztem Sommer hohen Energie-, Rohstoff- und Nahrungsmittelpreise belasten die Weltwirtschaft. Die Immobilienkrise in den USA und die dadurch ausgelösten Turbulenzen an den Finanzmärkten sind weiterhin spürbar. Sinkende Immobilienpreise finden sich auch in Spanien und im Vereinigten Königreich. Die Bankenkrise hat sich in den letzten Monaten verschärft und die Börsenkurse sind sehr volatil. Das Institut geht aber gegenwärtig davon aus, dass die getroffenen staatlichen Maßnahmen ausreichen, um die realwirtschaftlichen Folgen der Finanzmarkturbulenzen gering zu halten. Die vorliegenden Frühindikatoren deuten darauf hin, dass das Wachstum auch in der zweiten Jahreshälfte nur schwach ausfallen wird. Erst im Verlauf des nächsten Jahres sollte die Konjunktur wieder an Dynamik gewinnen, wozu der nachlassende Preisauftrieb beitragen dürfte. Weltweit gesehen ist die Hochkonjunkturphase der Jahre 2004 bis 2007 beendet, eine länger dauernde Stag-nationsphase wird vom Institut gegenwärtig aber nicht erwartet.

In Österreich ist die Wirtschaft im zweiten Quartal mit 2 % gegenüber dem Vorjahresquartal, bzw. 0.4 % gegenüber dem Vorquartal, gewachsen. Erwartungsgemäß hat sich das Wachstumstempo spürbar verringert. Im weiteren Jahresverlauf wird sich die Wirtschaftsentwicklung weiter verlang-samen, sodass nunmehr ein Wirtschaftswachstum von 2 % für den Jahresdurchschnitt 2008 erwartet wird. Erst im Verlauf des nächsten Jahres wird das Wachstumstempo wieder etwas zunehmen, daher wird die Prognose für den Jahresdurchschnitt 2009 auf 1.2 % zurückgenommen.

Der Prognose liegt folgende Einschätzung der internationalen Konjunktur zugrunde. Die US-Wirtschaft wird heuer und nächstes Jahr jeweils um $1\frac{3}{4}$ % zulegen. Im Euroraum bleibt die Konjunktur schwach, für den Prognosezeitraum wird mit Wachstumsraten von $1\frac{1}{2}$ % und 1 % gerechnet. Die Prognose unterstellt, dass sich der weltweite Preisauftrieb zurückbildet und auch von den Energiepreisen keine negativen Wachstumsimpulse ausgehen. Weiters wird angenommen, dass das Maßnahmenpaket der US-Regierung dazu beiträgt, dass die Krise an den Finanzmärkten langsam ausläuft.

Im letzten Monat sind die Prognoserisiken deutlich gestiegen. In den USA hat die Bankenkrise einen neuen Höhepunkt erreicht. Mehrere Banken (Hypothekenfinanzierung und Investmentbanken) sind zahlungsunfähig geworden. Geplant ist ein Maßnahmenpaket für den US-Finanzmarkt, das es der Regierung ermöglicht, bis zu 700 Mrd. USD für den Ankauf von notleidenden Immobilienkrediten aus-zugeben. Es besteht aber ein nicht unbeträchtliches Risiko, dass das Vertrauen zwischen den Banken nicht wieder hergestellt wird und die gegenwärtige Krise zu einer längerfristigen Stagnation der Real-

wirtschaft führt. Eine länger dauernde Schwäche der US-Wirtschaft könnte zu einer Aufwertung des Euro führen und damit die Wettbewerbsfähigkeit Europas verschlechtern. Weiters zeigen sich auch schon in Europa, insbesondere in Spanien und im Vereinigten Königreich, negative realwirtschaftliche Auswirkungen der Finanz- und Immobilienkrise. Aufgrund der weltweiten Konjunkturabkühlung gehen vom Preisaufrtrieb nur geringe Risiken aus. Die Aufwärtsrisiken der Prognose werden gegenwärtig als niedrig eingeschätzt.

Laut den revidierten Daten der VGR ist der private Konsum in Österreich im Vorjahr nur um 0.9 % gewachsen, wobei die Sparquote um knapp einen Prozentpunkt gestiegen ist. Im heurigen Jahr dämpft der deutliche Anstieg der Verbraucherpreise die Realeinkommen, sodass die Konsumententwicklung verhalten bleibt. Das Institut geht von einem Wachstum des realen privaten Konsums um 1.1 % im heurigen Jahr aus. Laut Prognose wird 2009 der Konsum um 1.3 % zulegen. Nach einem leichten Anstieg im heurigen Jahr sollte die Sparquote 2009 wiederum auf das Niveau von 2007 fallen. Im Gegensatz zu den Vorjahren wird damit eine, über den gesamten Prognosezeitraum gesehen, stabile Sparquote erwartet.

Der Konjunkturabschwung drückt auf das Investitionsklima. Aufgrund der geringeren Konjunkturreaktivität der Investitionen in den letzten Jahren erwartet das Institut keinen Einbruch bei der Investitionstätigkeit. Laut Prognose legen die Ausrüstungsinvestitionen heuer und im nächsten Jahr um 3 % bzw. 1.3 % zu. Für die Bauinvestitionen wird ein Wachstum von 2.3 % und 1.3 % erwartet. Insgesamt gesehen beläuft sich das Wachstum bei den Bruttoinvestitionen damit auf 2.6 % und 1.2 %.

Im Einklang mit der Konjunkturentwicklung verlangsamt sich die Dynamik des Welthandels. Zusätzlich belastet der hohe Euro-Dollar-Wechselkurs die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der österreichischen Exporte. Nach einer Zunahme der realen Güterexporte laut VGR von 9.1 % im Vorjahr verlangsamt sich das Wachstum heuer auf 4.8 % und könnte 2009 4.5 % ausmachen. Mit 4.2 % und 4.4 % wachsen die Güterimporte nur geringfügig langsamer. Für die Exporte im weiteren Sinne laut VGR impliziert die Prognose eine Ausweitung um 4.5 % im laufenden Jahr und um 4.2 % im Jahr 2009. Die Importe im weiteren Sinne laut VGR wachsen in beiden Prognosejahren um jeweils um 4.3 %. Insgesamt bleibt die Exportwirtschaft eine Stütze des Wirtschaftswachstums. Während heuer von der Außenwirtschaft noch knapp ½ Prozentpunkt Wachstumsbeitrag ausgeht, wirkt sie nächstes Jahr neutral auf das Wachstum.

Der Höhepunkt der Inflation dürfte in den letzten Monaten mit Werten von knapp unter 4 % erreicht worden sein. Im August betrug die Inflationsrate 3.7 %. Preistreibend wirken weiterhin vor allem die starke Erhöhung der Nahrungsmittel- (6 ½ %) und der Energiepreise (14 %). Aufgrund des Wegfalls des Basiseffekts der hohen Nahrungs- und Energiepreise wird sich im letzten Quartal der Preisaufrtrieb spürbar zurückbilden. Für den Jahresdurchschnitt 2008 erwartet das Institut nunmehr einen Wert von 3.4 %. Für das nächste Jahr wird ein Wert von 2.3 % prognostiziert. Die schwache Konjunktur sollte den Preisaufrtrieb dämpfen. Weiters unterstellt die Prognose, dass sich der Auftrieb bei den internationalen Rohstoffpreisen nicht fortsetzt und dass durch eine moderate Lohnpolitik das Entstehen einer Lohn-Preis-Spirale vermieden wird.

Im Verlauf des heurigen Jahres zeigen sich auf dem Arbeitsmarkt erste Auswirkungen der Konjunkturabkühlung. Das Beschäftigungswachstum hat sich, allerdings auf sehr hohem Niveau, verlangsamt und der Abbau der Arbeitslosigkeit verliert an Dynamik. Im Jahresdurchschnitt 2008 wird die Arbeitslosenquote auf 5.8 % (nationale Definition) bzw. 4.1 % (EUROSTAT-Definition) fallen. Im kommenden Jahr schlägt sich die schwache Konjunktur auf dem Arbeitsmarkt deutlicher nieder. Die Beschäftigung wird nur noch um 0.4 % ansteigen und die Arbeitslosigkeit wird erstmals seit 2005 wieder steigen. Im Jahresdurchschnitt 2009 wird die Arbeitslosenquote auf 6.3 % bzw. 4.4 % klettern.

Trotz der ausgezeichneten Konjunkturlage der Jahre 2005 bis 2007 konnte in Österreich kein Budgetüberschuss erwirtschaftet werden. Für heuer erwartet das Institut ein gesamtwirtschaftliches Defizit laut Maastricht-Definition von 0.6 %. Die Abschätzung der Entwicklung der öffentlichen Haushalte für 2009 gestaltet sich gegenwärtig schwierig, da noch kein Budgetentwurf vorliegt. Allerdings ist klar, dass die Konjunktorentwicklung die öffentlichen Haushalte belasten wird. Gegenwärtig unterstellt das Institut eine Defizitquote für 2009 von 1 %. Aus Sicht des Instituts hätte das strukturelle Budgetdefizit in Zeiten der Hochkonjunktur stärker gesenkt werden müssen. Jedenfalls steht die neu zu bildende Regierung vor schwierigen wirtschaftspolitischen Herausforderungen. Erforderlich sind die Finanzierung der beschlossenen Ausgabensteigerungen sowie die Schaffung eines finanziellen Spielraums für die notwendige Steuerreform. Hierbei sollte auf der Ausgabenseite angesetzt werden. Angeraten erscheint die Umsetzung einer Staatsreform, die das Zusammenspiel der öffentlichen Gebietskörperschaften neu regelt. Hier besteht ein erhebliches Einsparungspotenzial. Damit verbunden ist eine umfassende Reform im Gesundheitsbereich. Aus wirtschaftspolitischer Sicht sind Reformen, die auf die Erhöhung bzw. Sicherung der Qualität des Wirtschaftsstandortes Österreich abzielen, notwendig. In diesem Zusammenhang ist auch der Bildungsbereich zu nennen, wobei allerdings auf einen effizienteren Mitteleinsatz geachtet werden muss. Auch beim Einsatz sozialpolitischer Maßnahmen sollte stärker auf die Treffsicherheit und die längerfristigen finanziellen Konsequenzen abgestellt werden.

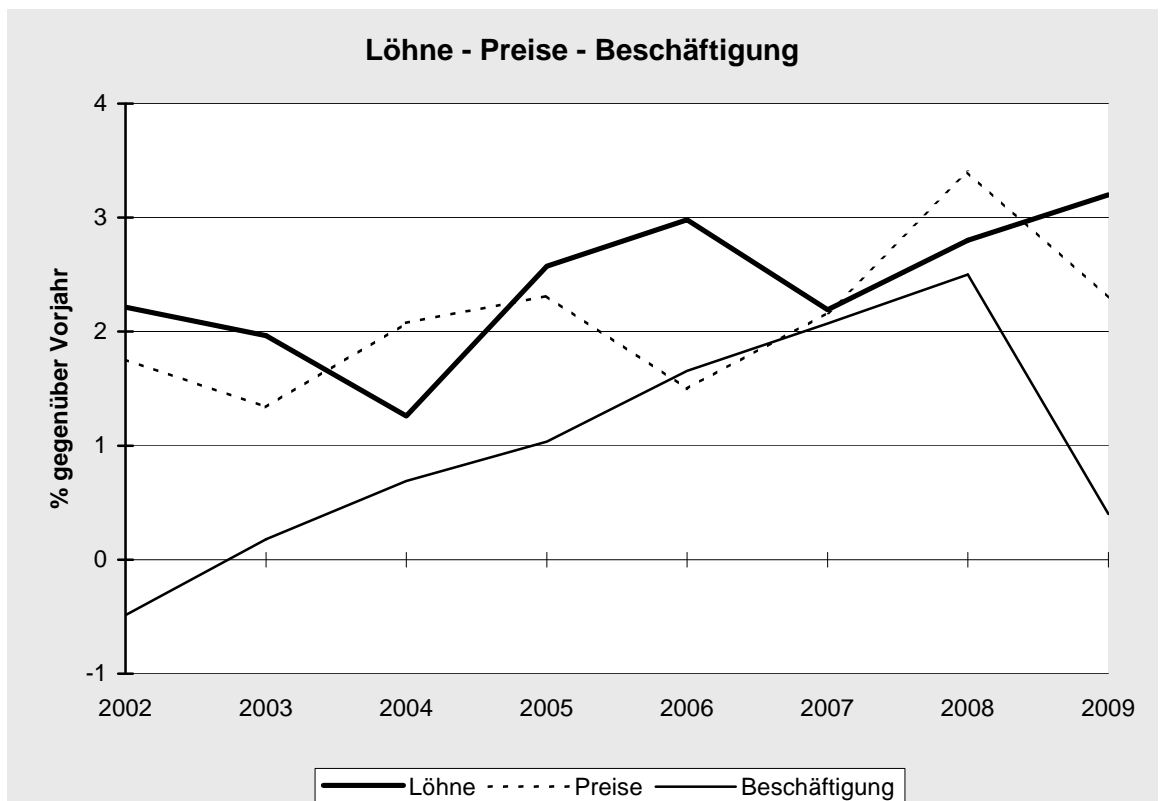
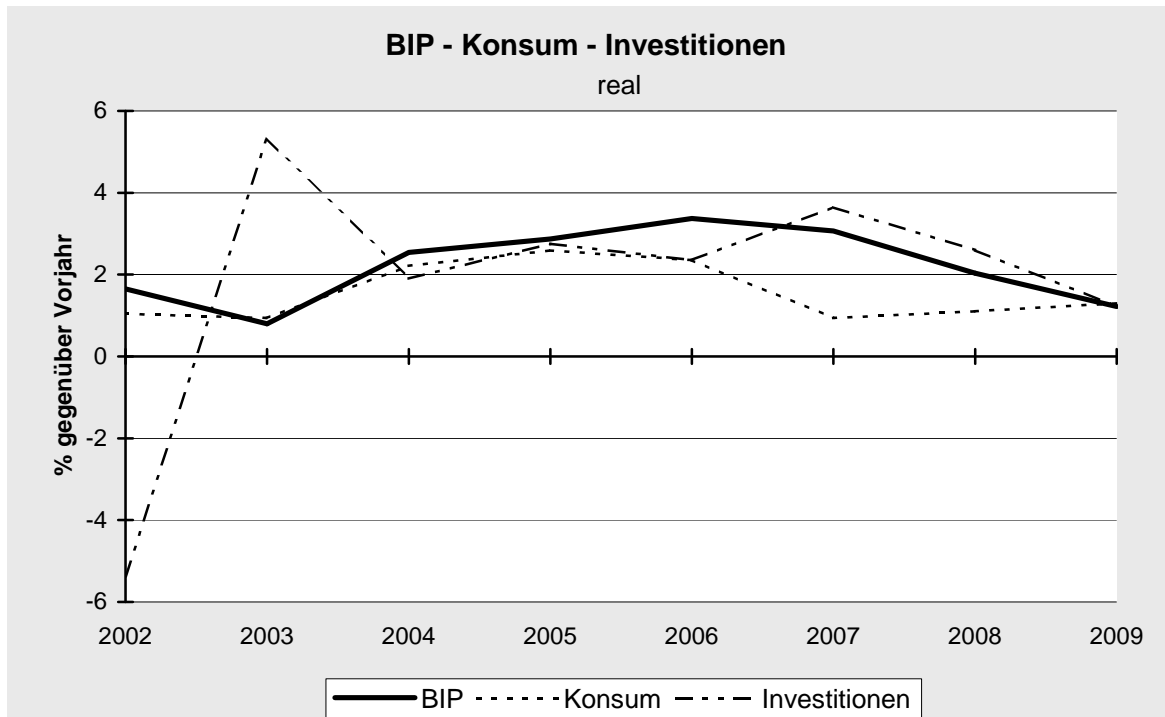
Wichtige Prognoseergebnisse

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

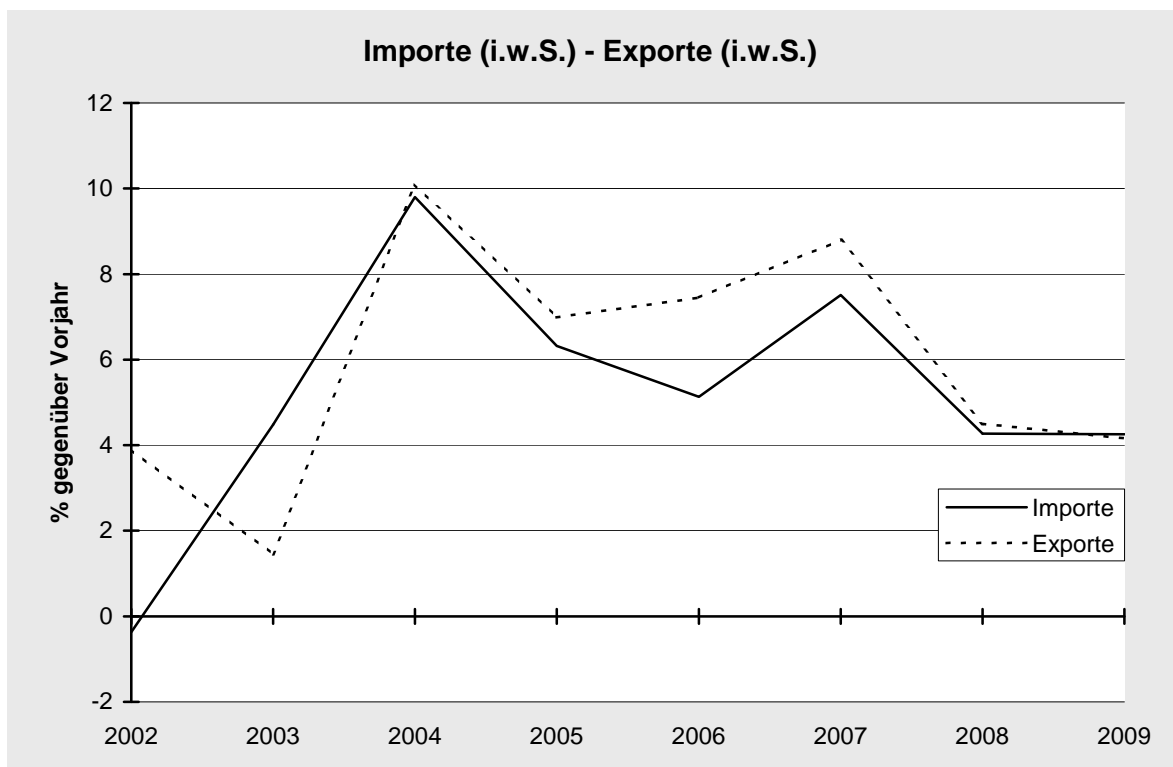
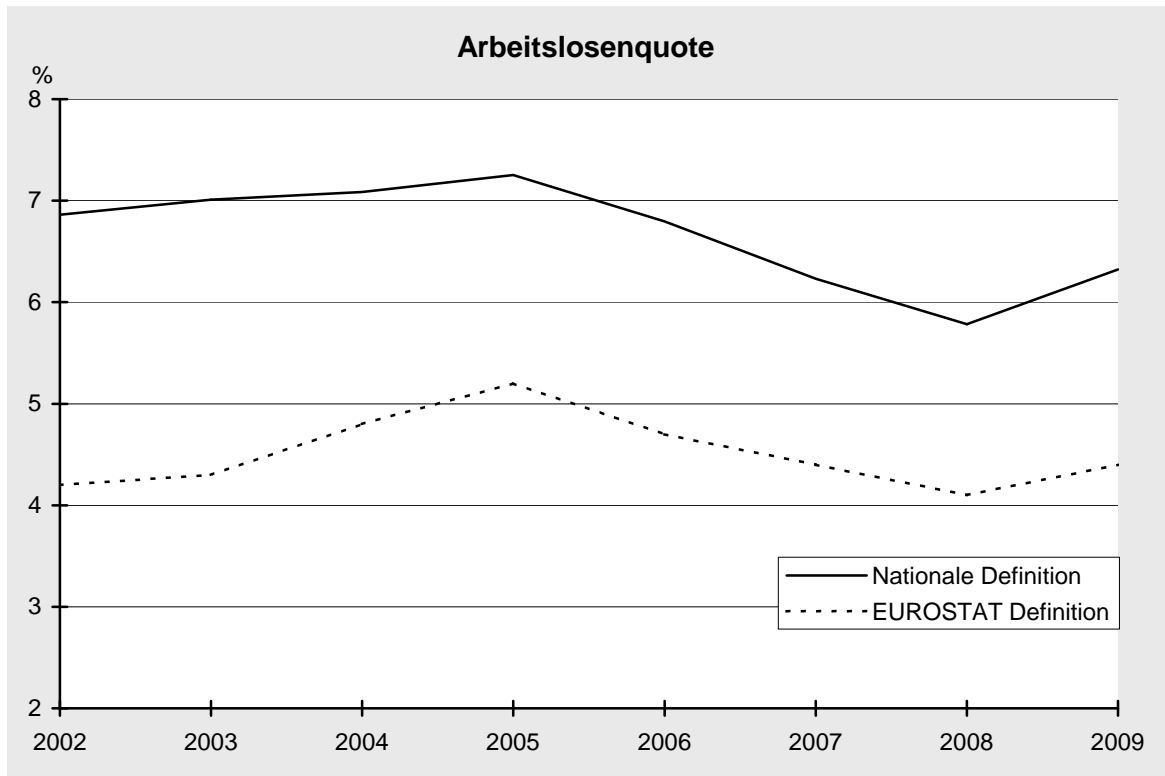
	2007	2008	2009
Bruttoinlandsprodukt, real	3.1	2.0	1.2
Privater Konsum, real	0.9	1.1	1.3
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	3.6	2.6	1.2
Ausrüstungsinvestitionen, real	6.8	3.0	1.3
Bauinvestitionen, real	2.8	2.3	1.3
Inlandsnachfrage, real	2.1	1.8	1.1
Exporte i.w.S., real	8.8	4.5	4.2
Waren, real (laut VGR)	9.1	4.8	4.5
Reiseverkehr, real (laut VGR)	3.9	2.8	1.3
Importe i.w.S., real	7.5	4.3	4.3
Waren, real (laut VGR)	8.4	4.2	4.4
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.6	-1.5	0.0
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	2.1	2.5	0.4
Arbeitslosenquote: Nationale Definition ^{*)}	6.2	5.8	6.3
Arbeitslosenquote: EUROSTAT-Definition ^{*)}	4.4	4.1	4.4
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.2	2.8	3.2
Preisindex des BIP	2.1	2.5	2.2
Verbraucherpreisindex	2.2	3.4	2.3
3-Monats-Euribor ^{*)}	4.3	4.9	4.2
10-Jahres-BM-Rendite öst.Staatsanleihen ^{*)}	4.3	4.3	4.4

^{*)} absolute Werte

WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



2. Die internationale Konjunktur

2.1 Internationale Konjunkturprognosen

Die Weltwirtschaft verliert heuer an Dynamik. Das Wachstum des globalen BIP wird auf 3 $\frac{3}{4}$ % zurück gehen, verglichen mit 4.9 % im Vorjahr. Der Welthandel dürfte sich heuer real um 4 $\frac{3}{4}$ % ausweiten. Seit der Jahresmitte sinken die hohen Rohstoffpreise, wozu die Verlangsamung in der globalen Nachfrage beiträgt. Die weltweiten grenzüberschreitenden Kapitalflüsse werden heuer zum ersten Mal seit der Rezession 2001/2002 sinken. 2007 war, laut *World Investment Report* der UNCTAD, für ausländische Direktinvestitionen mit einer Wachstumsrate von 30 % ein Rekordjahr und dies trotz der von den USA ausstrahlenden Finanzkrise, die im zweiten Halbjahr die Märkte eintrübte. Die derzeit schwächere Weltkonjunktur geht vor allem auf die Wachstumsabschwächung in den Industrieländern zurück. Der Konsum der privaten Haushalte wird durch die hohe Inflation gebremst und der Dienstleistungssektor bekommt die Auswirkungen der Finanzkrise zu spüren. Eine deutliche konjunkturelle Abschwächung zeichnet sich in Japan und in der Europäischen Union ab, auch in den USA bleibt die Entwicklung weiterhin mäßig. In Asien (ohne Japan) und Lateinamerika dürfte die Wirtschaft hingegen ein robustes Wachstum aufweisen.

Im nächsten Jahr wird die konjunkturelle Entwicklung voraussichtlich weiterhin verhalten bleiben, zu einer weltweiten Rezession wird es aber vermutlich nicht kommen. Trotz des jüngsten Rückgangs der Rohstoffpreise, der staatlichen Maßnahmen zur Stützung des Wohnimmobilienmarktes in den USA und der anhaltenden Rekapitalisierungsbemühungen von Banken und anderen Finanzinstituten haben sich die Märkte, laut *Bank of International Settlement* (BIS), auf einen Konjunkturrückgang eingestellt. Dabei sind die Kreditmärkte zusätzlich unter Druck gekommen. Notenbanken werden daher weltweit die Liquiditätszufuhr verstärken müssen, um Spannungen auf dem Geldmarkt zu lindern und weitere Zusammenbrüche von Banken zu verhindern. Das Investitionsklima in den Industrieländern dürfte sich daher im Verlauf des nächsten Jahres wieder verbessern. Die aufstrebenden Märkte, die vom Rohstoffexport abhängig sind, werden 2009 unter der Preisstabilisierung bei den für den Export bestimmten Rohstoffen leiden. Die eng an den Verlauf der Preise von Erdöl und anderer Rohstoffe gekoppelten Inflationsaussichten werden sich wieder etwas mäßigen.

Im Jahr 2008 dürfte das BIP in den OECD-Ländern um 1 $\frac{3}{4}$ % wachsen. 2009 dürfte das Wachstum 1 $\frac{1}{2}$ % betragen. Auch im Euroraum wird sich die Konjunktur abschwächen. Das Wirtschaftswachstum wird heuer auf 1 $\frac{1}{2}$ % zurückgehen und im kommenden Jahr 1 % ausmachen.

Der Rohölpreis (Brent) erreichte im August einen Höchststand von durchschnittlich USD 134 pro Fass. Ende September ist er auf USD 98 gesunken. In den ersten neun Monaten betrug der Preisanstieg im Vergleich zum Vorjahr 67 % bzw. 47 % (in Euro). In der vorliegenden Prognose wird ein jahresdurchschnittlicher Ölpreis von USD 110 unterstellt. Das Institut geht davon aus, dass die Fördermenge von Rohöl in den kommenden Monaten noch etwas gesteigert wird. Im kommenden Jahr wird der Roh-

ölpreis im Jahresdurchschnitt auf USD 95 zurückgehen. Der Euro-Dollar-Wechselkurs wird für 2008 auf 1.50 geschätzt, 2009 wird er voraussichtlich auf 1.40 zurückgehen.

Die Wirtschaft Lateinamerikas entwickelt sich weiterhin robust. Nach einem schwachen Start zu Jahresbeginn hat die Konjunktur in den meisten Ländern Lateinamerikas wieder an Fahrt gewonnen. Die mexikanische Wirtschaft legte im zweiten Quartal im Vorjahresvergleich um 2.8 % zu, die brasilianische Wirtschaft wuchs um 6.2 %. Indikatoren für das dritte Quartal zeigen, dass die Nachfrage in Brasilien robust bleiben wird. Die Bekämpfung der hohen Inflation ist derzeit die größte wirtschaftspolitische Herausforderung in den lateinamerikanischen Ländern.

Laut *Asian Development Bank* (ADB) wird das Wirtschaftswachstum in Asien (ohne Japan) heuer mit $7\frac{1}{2}$ etwas gedämpfter ausfallen als in den vergangenen Jahren. Dies begründet sich damit, dass sich v. a. in Japan und in Europa die Konjunktur deutlich abschwächt und die Zentralbanken dem Inflationsdruck entgegen steuern müssen. Die chinesische Wirtschaft verzeichnet weiterhin eine kräftige Wirtschaftsdynamik. Im zweiten Quartal wuchs das chinesische BIP im Vorjahresvergleich um 10.4 %. Im dritten Quartal ist die Industrieproduktion aufgrund von Anlagenstilllegungen während der Olympischen Spiele geschrumpft. Beim Konsum und in der Außenwirtschaft gab es hingegen keine Anzeichen von Schwäche. Seit Mai lässt die Inflation nach. Aufgrund des Rekordwachstums in der Industrieproduktion und der starken Konsumnachfrage verzeichnet auch Indien ein äußerst kräftiges Wirtschaftswachstum. Es betrug im zweiten Quartal 7.9 %. Die Dynamik dürfte sich jedoch in der zweiten Jahreshälfte abschwächen, weil die Kreditkosten deutlich gestiegen sind. Die hohen Zinsen sollen dazu beitragen, die äußerst hohe Inflation in Indien unter Kontrolle zu bringen. Auch die Konsumenten in den Tigerstaaten sind mit hohen Preissteigerungsraten konfrontiert, es zeichnet sich auch in dieser Ländergruppe eine leichte Abkühlung der Nachfrage ab.

Für heuer erwartet das Institut für die EU-27 und für den Euroraum ein BIP-Wachstum von $1\frac{3}{4}$ % bzw. $1\frac{1}{2}$ %. Für das kommende Jahr werden Wachstumsraten von $1\frac{1}{4}$ % bzw. 1 % prognostiziert. Gravierende Probleme in der Wirtschaftsentwicklung zeichnen sich im laufenden Jahr in Italien, in Spanien, im Vereinigten Königreich und in Irland ab. Im Euroraum erfasst die konjunkturelle Abschwächung alle Bereiche der Binnenwirtschaft. Der Konsum der privaten Haushalte wird von der hohen Inflation gedämpft. Die Industrie leidet unter der Nachfrageschwäche im Binnenmarkt. Die Auslandsnachfrage bleibt hingegen relativ robust. Die Europäische Zentralbank hat den Leitzins unverändert auf 4.25 % belassen. Nachdem die Energie- und Lebensmittelpreise nicht weiter steigen, befindet sich die Preisentwicklung an einem Wendepunkt. Im kommenden Jahr könnten sich jedoch Zweitrundeneffekte in der Inflation niederschlagen.

Das BIP im Euroraum ist im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0.2 % gesunken; im Vergleich zum Vorjahresquartal ist es um 1.4 % gestiegen. Hierbei ist die vom milden Winter begünstigte außerordentlich starke Bautätigkeit im ersten Quartal zu berücksichtigen. Beigetragen haben aber auch Schocks in Form etwa der Finanzkrise und der stark gestiegenen Preise für Öl und Lebensmittel sowie Korrekturen auf den Immobilienmärkten innerhalb des Euroraums, insbesondere in Spanien und Irland. Der *ifo-Geschäftsklimaindex* hat sich im dritten Quartal 2008 in fast allen Ländern des Euro-

raums weiter verschlechtert. Besonders negativ fielen die Urteile zur derzeitigen wirtschaftlichen Situation in Italien, Spanien, Portugal, Irland und Belgien aus. In den nächsten sechs Monaten wird sich die konjunkturelle Verlangsamung in allen Ländern des Euroraums weiter fortsetzen. Wie aus dem RBS/NTC-Einkaufsmanagerindex von September hervor geht, verzeichnen die güterverarbeitende Industrie und der Dienstleistungssektor im Euroraum den stärksten Rückgang seit sieben Jahren, weil die Unternehmen die Produktion wegen der erwarteten Nachfrageabschwächung verringert haben und weil sich die Finanzkrise verstärkt hat.

Im Juli 2008 betrug die Arbeitslosenquote im Euroraum 7.3 %. Die höchste Arbeitslosigkeit verzeichnete Spanien mit 11 %. Die niedrigste Quote gab es in den Niederlanden (2.6 %). Die Inflationsrate im Euroraum, gemessen am Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI), betrug im August 3.8 %. Unter dem Durchschnitt des Euroraums lag die Preissteigerungsrate in den Niederlanden mit 3 % und in Portugal mit 3.1 %. Im Vergleich dazu stiegen die Preise in Österreich um 3.6 %. Slowenien und Belgien verzeichneten mit 6 % bzw. 5.4 % die höchsten Inflationsraten.

2.2 Länderprognosen

In **Deutschland** dürfte das BIP im Jahr 2008 um 1 ¼ % wachsen. Die deutsche Wirtschaft ist mit viel Schwung ins heurige Jahr gestartet, im weiteren Verlauf kühlt sich jedoch die Konjunktur ab. Die hohe Inflation und das Ende des Aufschwungs auf dem Arbeitsmarkt führen dazu, dass der private Konsum als Wachstumsträger auch in diesem Jahr ausfallen wird. Damit sich der private Verbrauch stabilisiert, müsste der Ölpreis längerfristig sinken, und sich die allgemeinen Wirtschaftsaussichten aufhellen. Die Exportwirtschaft wächst heuer etwas langsamer als im langjährigen Durchschnitt. Während die Ausfuhren in die Wachstumsmärkte, wie in die osteuropäischen Länder sowie nach Brasilien, Russland, Indien und China, bislang relativ robust geblieben sind, hat die Nachfrage aus dem Euroraum nachgelassen. Im nächsten Jahr wird sich das Wachstum der deutschen Wirtschaft auf 1 % abschwächen. Die Gründe liegen in der lahmen Inlandsnachfrage und der schwachen Weltkonjunktur. Die Investitionstätigkeit wird weiter an Dynamik verlieren, die Konsumenten bleiben wegen der Preisentwicklung verunsichert. Die deutschen Exportunternehmen bekommen die Abkühlung der Weltwirtschaft im nächsten Jahr stärker zu spüren, der Sektor bleibt aber weiterhin der Wachstumsmotor der deutschen Wirtschaft. Die Arbeitslosigkeit dürfte 2009 etwas steigen. Die Inflation wird sich abschwächen.

Die deutsche Wirtschaft ist im zweiten Quartal 2008 erstmals seit knapp vier Jahren wieder geschrumpft. Das BIP sank zum Vorquartal um 0.5 %, bzw. es stieg um 1.7 % zum Vorjahresquartal. Hierbei ist aber der kräftige Anstieg im ersten Quartal von 1.3 % gegenüber dem Vorquartal zu berücksichtigen. Gesunken sind der private Konsum und die Ausrüstungsinvestitionen. Die Bauinvestitionen schrumpften, nachdem wegen des milden Winters bereits viele Projekte vorgezogen wurden. Gestützt wurde die Konjunktur von der Außenwirtschaft. Im dritten Quartal dürfte die Wirtschaft bestenfalls stagnieren, und bis zum Jahresende ist kein Aufschwung in Sicht. Der *ifo-Geschäftsklimaindex* setzt seinen Abwärtstrend mit Riesenschritten fort. Im verarbeitenden Gewerbe hat sich das Geschäftsklima abermals verschlechtert. Die Unternehmen berichten von einer erheblich schlechteren Geschäftslage,

und sie rechnen auch in den nächsten sechs Monaten vermehrt mit einer schwächeren Geschäftsentwicklung. Die Chancen im Exportgeschäft sehen sie zurückhaltender. Zusätzliches Personal wollen die Industrieunternehmen kaum noch einstellen. Nur im Bauhauptgewerbe ist der Geschäftsklimaindex leicht gestiegen. Die momentane Geschäftslage und die Perspektiven für das kommende halbe Jahr bewerten die Umfrageteilnehmer etwas günstiger. Wegen der nachlassenden Inflation prognostizieren die GfK-Marktforscher für Oktober ein leicht verbessertes Konsumklima. Vor allem die sinkenden Energiekosten sorgen dafür, dass die Konsumenten ihre Kaufkraft weniger gefährdet sehen. Dennoch erwartet die GfK für das Gesamtjahr nur noch stagnierende Verbraucherausgaben.

Die Verbraucherpreise stiegen im August im Vergleich zum Vorjahresmonat um 3.3 %. Verglichen mit den Preisen vom Juli bedeutete dies jedoch einen Rückgang um 0.4 %. Die Produktionspreise der Industrie (ohne Bau) legten um 8.1 % zu. Auch hier sind die Preise im Vergleich zum Vormonat gesunken. Die Arbeitslosenquote hat im August unverändert bei 7.3 % gelegen.

In **Italien** dürfte die Wirtschaft heuer voraussichtlich um $\frac{1}{4}$ % wachsen. Die Haushalte leiden unter den hohen Energiepreisen, darüber hinaus sind die Konsumenten mit einem hohen Zinsniveau konfrontiert. Im Mai wurden daher öffentliche Maßnahmen zur Stimulierung der Wirtschaft in Kraft gesetzt. Die Kaufkraft der privaten Haushalte soll durch die Abschaffung der Grunderwerbssteuer bei Neubauten und andere Fördermittel gestärkt werden, was inzwischen zu einer Aufhellung des Konsumentenvertrauens geführt hat. Unter der derzeitigen Preisentwicklung leidet auch die Industrie. Die Senkung der öffentlichen Abgaben (u. a. auf Überstundenabgeltungen) soll die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie verbessern. Nach einer schwachen Entwicklung in der ersten Jahreshälfte dürfte sich die Exportdynamik etwas beschleunigen. Die Arbeitslosenquote wird heuer 6 %, die Inflation 3.6 % ausmachen. Im nächsten Jahr wird die Entwicklung der italienischen Wirtschaft verhalten bleiben. Das Institut erwartet ein BIP-Wachstum von $\frac{1}{2}$ %. Die Inlandsnachfrage wird etwas an Dynamik dazu gewinnen. Angesichts der erwarteten Stabilisierung des Wechselkurses werden auch die Exporte im kommenden Jahr wieder stärker zulegen. Der positive Trend am Arbeitsmarkt wird sich fortsetzen.

Im zweiten Quartal 2008 ist das italienische BIP zum Vorquartal um 0.3 % bzw. um 0.1 % zum Vorjahresquartal gesunken. Rückgänge wurden beim privaten Konsum, den Bauinvestitionen und den Exporten verzeichnet. Im Juli ist die Industrieproduktion abermals gesunken. Einen Lichtblick für die italienische Wirtschaft gibt es in der Entwicklung der Auftragseingänge, die einen ansteigenden Trend aufweisen. Im Juli sind auch die Exporte und die Umsätze im Einzelhandel gewachsen. Laut *Istituto di Studi e Analisi Economica* (Isae) hat sich im August der Index über das Vertrauen der privaten Haushalte etwas verbessert. Die Inflation war im August mit 4.2 % sehr hoch jedoch lässt sie im Weiteren Prognoseverlauf nach. Die Produktionspreise sind um 8.7 % gestiegen.

Das Wirtschaftswachstum in **Frankreich** wird heuer voraussichtlich $1\frac{1}{4}$ % ausmachen. Die Konjunktur wird sich vor allem in der Inlandsnachfrage verlangsamen. Die Konsumenten werden ihre Ausgaben etwas drosseln. Die Investitionstätigkeit wird sich abschwächen, bedingt durch die hohen Zinsen und eine restriktivere Kreditvergabe der Banken als Folge der Finanzkrise. Die inzwischen billiger ge-

wordenen Rohstoffe und der schwächere Euro werden Ende 2008 die französische Außenwirtschaft etwas stimulieren. Das Außenhandelsdefizit dürfte daher nicht mehr weiter ansteigen. Die Arbeitslosenquote beträgt heuer 7.5 %. Die Inflation klettert auf 3.6 %. Das Institut erwartet, dass das Wirtschaftswachstum 2009 wiederum 1 ¼ % ausmachen wird, wobei die Stütze der Konjunktur weiterhin die Inlandsnachfrage bleibt. Eine leichte Wachstumsbeschleunigung wird es bei den Konsumausgaben geben. Die Exportwirtschaft dürfte von der erwarteten Stabilisierung des Euro-Wechselkurses etwas profitieren. Die Arbeitslosenquote wird im nächsten Jahr nicht mehr sinken. Die Inflation wird voraussichtlich 3 % betragen.

Das französische BIP ist im zweiten Quartal 2008 im Vergleich zum Vorquartal um 0.3 % gesunken, gegenüber dem Vorjahr betrug das BIP-Wachstum 1.2 %. Einen Rückgang gab es bei den Ausrüstungs- und den Bauinvestitionen. Im dritten Quartal wird die französische Wirtschaft stagnieren. In der Bauwirtschaft werden sich die Probleme verstärken und in der Industrie bleibt die Stimmung gedämpft. Das Vertrauen der französischen Verbraucher, das sich seit mehr als einem Jahr in einem Tief befindet, hat sich laut dem nationalen statistischen Amt (Insee) im September verbessert. Der Grund dafür sind die fallenden Treibstoffpreise. Der Anstieg der Verbraucherpreise hat im August 3.5 % ausgemacht. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 7.3 %.

Im **Vereinigten Königreich** schwächt sich die Wirtschaftsdynamik deutlich ab. Das Institut erwartet für heuer ein BIP-Wachstum von nur noch 1 ¼ %. Die britische Wirtschaft hat sich zu Jahresbeginn noch gut gehalten, im Jahresverlauf kühlt sich die konjunkturelle Entwicklung jedoch deutlich ab. Wie in den USA, so muss auch im Vereinigten Königreich eine kräftige Korrektur des überhitzten Immobilienmarktes und Probleme im Finanzsektor bewältigt werden. Die Kapitalzuflüsse von Unternehmen, die in die britische Wirtschaft investieren wollen, haben sich drastisch verlangsamt. Der Wirtschaft des Vereinigten Königreichs steht daher eine starke Abschwächung bevor. Die *Bank of England* wird trotz der Konjunkturschwäche nicht den aggressiven Zinssenkungen der amerikanischen Federal Reserve folgen und den Leitzins voraussichtlich bei 5 % belassen. In der Immobilienbranche fallen die Preise noch immer, die Inflation wird von den Energie- und Lebensmittelpreisen getrieben. Der Verbraucherpreisanstieg wird heuer voraussichtlich 3 % ausmachen. Im nächsten Jahr wird die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs das geringste BIP-Wachstum seit Anfang der 1990er Jahre verzeichnen. Dämpfend wirkt dabei die Kostenentwicklung, die die Unternehmensgewinne schmälert. Einen deutlichen Rückgang wird es daher im nächsten Jahr bei den Ausrüstungsinvestitionen geben. Demnach wird sich das Wirtschaftswachstum auf ½ % verlangsamen. Aufgrund der erwarteten Nachfrageabschwächung wird der Preisdruck nachlassen.

Im zweiten Quartal 2008 stagnierte die Wirtschaft des Vereinigten Königreichs im Vergleich zum Vorquartal bzw. sie wuchs um 1.4 % zum Vorjahresquartal. Der Ausblick für das dritte Quartal bleibt verhalten. Die schlechte Auftragslage weist auf einen Rückgang in der Industrie hin und laut *The Chartered Institute of Purchasing and Supply and NTC Research* verzeichnete der Dienstleistungssektor im August zum vierten Mal in Folge einen Rückgang. Die Einkommenserwartungen und die Bedingungen am Arbeitsmarkt verschlechtern sich zunehmend. Die Anzahl der Beschäftigten mit unbefristeten Dienstverträgen ist im August so stark gesunken wie seit November 2001 nicht mehr (*Recruitment and*

Employment Confederation und *KPMG*). Das Vertrauen der Konsumenten befindet sich laut *Nation-wide Building Society* auf einem Tiefpunkt. Die Verbraucherpreise sind im August um 4.8 % gestiegen. Die Produktionspreise legten um 9.7 % zu.

Das Wirtschaftswachstum der **Schweiz** wird 2008 voraussichtlich 1 ¾ % betragen. Durch die Finanzkrise musste das Schweizer Banken- und Versicherungswesen im ersten Halbjahr einen Einkommensrückgang verkraften. Die Exportdynamik wird durch die schwache Konjunktur der wichtigsten Handelspartner gedämpft. In der Binnenkonjunktur zeigt vor allem die Bauwirtschaft Schwächen, und auch die Ausrüstungsinvestitionen dürften sich kaum ausweiten. Die Haushaltsnachfrage entwickelt sich hingegen robust. Für den kräftigen Anstieg der Inflation spielten neben dem Preisschub bei Mineralölprodukten auch nachfrageseitige Faktoren eine Rolle. Im kommenden Jahr wird sich das Wirtschaftswachstum der Schweiz auf 1 ¼ % verlangsamen. Die Investitionstätigkeit und die Exportentwicklung bleiben schwach. Auch 2009 bleibt die Haushaltsnachfrage die Stütze der Konjunktur. Die Inflation dürfte deutlich zurückgehen.

Die Wirtschaft der Schweiz ist im zweiten Quartal im Vergleich zum Vorquartal um 0.4 % gewachsen. Im Vorjahresvergleich stieg das BIP um 2.4 %. Die steigenden Konsumausgaben und Exporte haben zum Wachstum geführt. Eine rückläufige Entwicklung wurde hingegen bei den Investitionen verzeichnet. Für das dritte Quartal trüben sich die Wachstumsaussichten weiter ein. Der Schweizer Einkaufsmanagerindex (PMI) sank im August um 1.6 Punkte auf 52.5 Zähler und verzeichnete damit den tiefsten Stand seit drei Jahren, wie die *Credit Suisse* mitteilte. Der Teilindex für den Auftragsbestand ging um 3.6 Zähler auf 50.4 Punkte zurück. Das kühlere Wirtschaftsklima hat noch keine Folgen für den Arbeitsmarkt. Die Arbeitslosenquote ist im August auf 2.4 % gesunken. Dank fallender Treibstoff- und Heizölpreise hat die Teuerung nachgelassen. Die Jahresteuerrate betrug 2.9 %.

Im Jahr 2008 wird die Wirtschaft der **USA** um 1 ¾ % wachsen. Die Korrektur am Immobilienmarkt setzt sich heuer fort und die Finanzkrise weitete sich aus. Als Reaktion darauf hat die US-Regierung ein Maßnahmenpaket für den Finanzmarkt angekündigt, das es ihr erlaubt bis zu 700 Mrd. Dollar für den Ankauf von notleidenden Immobilienkrediten zur Verfügung zu stellen. Durch Steuerbegünstigungen sollte die Konsumnachfrage in Schwung gebracht werden. Diese Maßnahme ist für das gesamtwirtschaftliche Wachstum von besonderer Bedeutung, da das Bruttoinlandsprodukt zu mehr als zwei Drittel durch die Ausgaben der Konsumenten bestimmt wird. Die Binnennachfrage wird sich heuer sehr verhalten entwickeln. Positive Impulse kommen hingegen von der Außenwirtschaft, die durch den schwachen US-Dollar an Konkurrenzfähigkeit gewinnt. Der Außenhandel zeigt derzeit die besten Ergebnisse seit Anfang der 1990er Jahre. Mit einer Ausweitung der Beschäftigung kann heuer nicht gerechnet werden. Der Preisdruck, ausgelöst von steigenden Vormaterial- und Energiekosten, nimmt heuer weiter zu. Die Inflation wird voraussichtlich auf 4.4 % klettern. Die schwache Wirtschaftslage wird sich bis zur Mitte des nächsten Jahres fortsetzen. Das Institut erwartet daher auch für 2009 ein BIP-Wachstum von nur 1 ¾ %. Die aggressive Senkung des Leitzinssatzes durch die US-Notenbank, die Mitte 2007 begann, wird dazu führen, dass die Ausgaben der privaten Haushalte wieder stärker zunehmen werden. Die erwartete Stabilisierung des Wechselkurses und der Rohstoffpreise dürfte den Preisdruck 2009 etwas mindern.

Die US-Konjunktur hat im zweiten Quartal 2008 an Tempo zugelegt. Das BIP wuchs zum Vorquartal um 0.8 % bzw. um 2.2 % zum Vorjahresquartal. Die Konsumausgaben haben an Dynamik gewonnen und ein deutlicher Wachstumsimpuls ging von der Außenwirtschaft aus. Die Bauinvestitionen sind etwas weniger als im Vorquartal geschrumpft. Im zweiten Quartal ist die Produktivität um 4.3 % gestiegen.

Am Binnenmarkt entspannt sich die Lage etwas. Laut dem Index des *Institute for Supply Management* (ISM) hat sich im August der Teilindex für die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe verbessert. Der Index ist auf 48.3 Punkte gestiegen, verglichen mit 45 Punkten im Vormonat. Auch die Auftragslage im Dienstleistungssektor ist besser geworden. Der Teilindex ist auf 49.7 Punkte gestiegen, verglichen mit 47.9 Punkten im Juli. In beiden Sektoren liegt der Index jedoch noch immer unter der 50-Punkte-Marke, die ein Schrumpfen des Sektors anzeigt. Ebenso hat sich der Index der *National Association of Homebuilders* (NAHB) zum ersten Mal seit sieben Monaten verbessert. Die Rettung der Hypothekenfinanzierer *Fannie Mae* und *Freddie Mac* haben zu der verbesserten Stimmung beigetragen, zudem haben auch Steuernachlässe für Immobilienkäufe den Anstieg begünstigt. Bei der Inflation tritt eine leichte Beruhigung ein. Der Preisauftrieb hat im August 5.4 % betragen. Die Produktionspreise legten um 9.7 % zu. Preistreibend wirkten noch immer die Nahrungsmittel- und Energiepreise. Die Lage am Arbeitsmarkt verschärft sich. Die Arbeitslosenquote hat sich um 0.4 Prozentpunkte auf 6.1 % erhöht.

In **Japan** geht die Hochkonjunktur zu Ende. Im Jahr 2008 wird die japanische Wirtschaft voraussichtlich nur noch um 1 % wachsen. Der Motor der konjunkturellen Entwicklung bleibt die Außenwirtschaft. Durch die starke Exportnachfrage aus China, Indien, Russland und dem Mittleren Osten kann die Abkühlung in den USA teilweise abgefedert werden. Von den Komponenten der Inlandsnachfrage dürfte sich heuer vor allem der Konsum abschwächen. Die Haushalte leiden unter der höchsten Inflation seit 26 Jahren und den niedrigsten Lohnsteigerungsraten. Durch die gedämpften Gewinnaussichten der Unternehmen erscheinen jedoch merkbare Lohnerhöhungen unrealistisch. Die Entwicklung bei den Rohstoffpreisen führt auch dazu, dass die Bereitschaft der Unternehmer, zu investieren und die Beschäftigung auszuweiten, sinkt. Zur Jahresmitte hat sich der Preisdruck in der japanischen Wirtschaft deutlich verstärkt. Die Verbraucherpreise werden heuer voraussichtlich um 1.9 % zulegen. Angesichts der Sorge über eine Abschwächung der Konjunktur belässt jedoch die *Bank of Japan* den Leitzins bei 0.5 %. Die japanische Regierung will mit einem Soforthilfeprogramm die Wirtschaft stützen, ohne die Staatsverschuldung zu erhöhen. Für das kommende Jahr erwartet das Institut ein BIP-Wachstum von $\frac{3}{4}$ %. Die Kaufzurückhaltung der Konsumenten wird sich im nächsten Jahr verstärken, eine Reaktion auf die Inflation, die auch 2009 noch hoch bleiben wird. Die Exportnachfrage wird sich zwar verlangsamen, die Außenwirtschaft bleibt trotzdem die Stütze der Konjunktur.

Das japanische BIP ist im zweiten Quartal 2008 zum Vorquartal um 0.8 % geschrumpft, gegenüber dem Vorjahresquartal ist es um 0.8 % gestiegen. Der Konsum, die Investitionstätigkeit und der Export verzeichneten einen Rückgang. Am Anfang des dritten Quartals verschlechtern sich die Aussichten weiter. Die Aufträge nahmen im Juli zum zweiten Mal in Folge ab, worauf in den folgenden drei bis sechs Monaten auch die Investitionstätigkeit negativ reagieren dürfte. Die Arbeitslosenquote hat im

Juli 3.8 % betragen. Die Verbraucherpreise sind um 2.3 % gestiegen. Die Produktionspreise legten im August um 17.2 % zu.

Das starke Wachstum der Wirtschaften der **mittel- und osteuropäischen EU-Mitgliedsländer** sowie der **Beitrittskandidaten** dürfte sich in der zweiten Jahreshälfte 2008 und im Jahr 2009, wenngleich mit verlangsamtem Tempo, fortsetzen. Neben den Investitionen ist der private Konsum eine wichtige Konjunkturstütze. Dieser wird durch die sinkende Arbeitslosigkeit und das Reallohnwachstum gestärkt, gleichzeitig aber durch den hohen Inflationsdruck und die restriktivere Geldpolitik gedämpft. Die vom US-Subprime-Hypothekenmarkt ausgehende Kredit- und Liquiditätskrise zeigt schon die ersten Auswirkungen auf die MOEL-Länder (Immobilienprojekte der Firmen *Orco*, *Immoeast AG* und *Martinsa-Fadesa* in Ungarn, Rumänien, Polen und Tschechien); der zum VW-Konzern gehörende Autobauer Skoda wird seine Produktion in den nächsten Monaten aufgrund der weltweiten Finanzkrise reduzieren.

Angesichts des abnehmenden Wachstums im Euroraum und der schnell wachsenden Produktionskosten dürften die Exporte der neuen EU-Mitgliedsländer im Prognosezeitraum langsamer steigen. Der Abbau der hohen Leistungsbilanzdefizite (über 10 % des BIP) bleibt in Rumänien, Bulgarien und Kroatien eine große Herausforderung. Die internationale Risikoneubewertung hat in diesen Ländern zu restriktiveren Finanzierungsbedingungen geführt und damit das Kreditwachstum gedämpft. Belastend wirken in Ungarn, Tschechien und der Slowakei die notwendigen Budgetsanierungsmaßnahmen. Die Slowakei wird 2009 dem Euroraum beitreten.

Im ersten Halbjahr 2008 betrug das Wirtschaftswachstum in **Ungarn** 1.9 %, im zweiten Quartal 2 %. Das Wachstum wurde hauptsächlich von der Auslandsnachfrage und vom privaten Konsum getragen. Die Exporte nahmen im ersten Halbjahr real um 12.5 % zu. Die Importe stiegen um 10.7 %, wodurch die Handelsbilanz ein Plus von HUF 508.5 Mrd. verzeichnete. Allerdings steigen seit Juni die Importe schneller als die Exporte. Nach einer rückläufigen Entwicklung im Jahr 2007 und im ersten Quartal 2008, nahm der private Konsum im zweiten Quartal mit 1.2 % wieder zu und stagnierte somit im ersten Halbjahr. Der Konsum wurde durch die Zunahme der staatlichen Sozialtransfers gestützt. Die Entwicklung der Anlageinvestitionen bleibt rückläufig, mit einer Abnahme von 3.3 % in der ersten Jahreshälfte. Im Zeitraum Mai bis Juli betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote 7.6 %, um 0.6 Prozentpunkte mehr als im Vorjahr. Die Verbraucherpreise nahmen im Zeitraum Jänner bis August um 6.8 % zu. Dieser markante Anstieg ist hauptsächlich auf die Ausgabengruppen Mieten, Energie und Lebensmittel zurückzuführen.

Laut dem ungarischen Konvergenzprogramm dürfte das Budgetdefizit 2008 auf 4 % und 2009 auf 3.2 % des BIP sinken. Das Ziel für 2008 scheint realistisch, da sich das Budgetdefizit im Zeitraum Jänner bis August im Vorjahresvergleich auf HUF 673 Mrd. halbierte. Das BIP-Wachstum könnte sich infolge einer leichten Erholung des privaten Konsums (aufgrund der steigenden Reallöhne) und der Anlageinvestitionen in den Jahren 2008 und 2009 auf 2 % bzw. 3 % erhöhen.

Das Wirtschaftswachstum **Polens** blieb im zweiten Quartal und im Durchschnitt der ersten sechs Monate 2008 mit einer Wachstumsrate von jeweils 6.1 % auf einem hohen Niveau. Das Wachstum wurde im ersten Halbjahr von den Anlageinvestitionen (14.4 %), gestützt durch EU-Finanzhilfen und Direktinvestitionen, getragen. Der private Konsum (4.8 %), angetrieben durch starkes Reallohnwachstum, Kreditexpansion und Überweisungen der polnischen Arbeitsmigranten, trug zum Wachstum bei. Die Exporte nahmen um 7.6 % zu, auch die Importe entwickelten sich mit einer Wachstumsrate von 6 % stark. Im ersten Halbjahr stiegen die Verbraucherpreise im Vorjahresvergleich um 4.2 %, wobei die Preise für Wohnen, Lebensmittel und Transport die höchsten Anstiege aufwiesen. Die Arbeitslosenquote belief sich im zweiten Quartal auf 7.1 %, dies entspricht einer Abnahme um 2.5 Prozentpunkte im Jahresvergleich. Die Zunahme der Beschäftigung wirkt positiv auf den privaten Konsum und stützt zusammen mit dem Anstieg der Investitionen das Wirtschaftswachstum. Andererseits werden die im Zuge der kräftigeren Binnennachfrage steigende Importtätigkeit und die angekündigten Sparmaßnahmen zur Senkung des Budgetdefizits um 1 % des BIP das Wachstum dämpfen. Heuer dürfte das BIP-Wachstum $5\frac{1}{2}$ % erreichen, im Jahr 2009 wird es voraussichtlich $4\frac{3}{4}$ % betragen.

Das Wirtschaftswachstum in **Tschechien** verlangsamte sich im zweiten Quartal 2008 auf 4.6 % und erreichte im ersten Halbjahr 5 %. Die dynamische Entwicklung ist hauptsächlich auf den positiven Beitrag der Nettoexporte zurückzuführen. Die Importe wuchsen im ersten Halbjahr um 10.4 %, die Exporte (gefördert durch die neuen Produktionskapazitäten der Autoindustrie) um 13.6 %. Der private Konsum, der durch einen raschen Anstieg der Verbraucherpreise gedämpft wurde, nahm nur mäßig zu (3 %). Das Wachstum der Anlageinvestitionen befand sich mit 4.3 % auf einem moderaten Niveau. Die Arbeitslosenquote betrug im zweiten Quartal 2008 4.3 %. Sie lag damit um 1.1 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Infolge der Zunahme der Lebensmittel- und Energiepreise sowie der Mieten stieg die Inflationsrate im August auf 6.5 % und verzeichnete damit eine Zunahme um 4 Prozentpunkte gegenüber dem Vorjahr. In den Jahren 2008 und 2009 dürfte sich das Wirtschaftswachstum auf $4\frac{1}{4}$ % bzw. 4 % belaufen. Der private Konsum wird durch die zu Jahresbeginn 2008 in Kraft getretenen budgetären Sanierungsmaßnahmen (Erhöhung der indirekten Steuern und Einsparungen bei den Sozialausgaben) gedämpft. Wegen der Einschränkung der Fahrzeugproduktion im Skoda-Werk wird mit einer Abschwächung der Exporte im Jahr 2009 gerechnet.

Das Wirtschaftswachstum der **Slowakei** erreichte im zweiten Quartal 2008 7.6 %, im ersten Halbjahr belief es sich auf 8.1 %. Zu dieser außerordentlich dynamischen Entwicklung hat die starke Nachfrage aus dem In- und Ausland beigetragen. Infolge der Zunahme der Beschäftigung und der Reallöhne sowie niedriger Zinsen nahm der private Konsum im ersten Halbjahr mit 7.1 % stark zu. Der öffentliche Konsum legte um 4.8 % zu. Die Anlageinvestitionen entwickelten sich mit einer Wachstumsrate von 6.3 % dynamisch. Die Exporte stiegen im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 10.5 %, die Importe um 11.5 %. Infolge der kräftigen Wirtschaftsentwicklung betrug der Beschäftigungsanstieg im zweiten Quartal 2.9 %, während sich die Anzahl der slowakischen Arbeitsmigranten im Ausland um 4.9 % verringerte. Die Arbeitslosenquote betrug im zweiten Quartal 10.1 % und fiel damit um einen Prozentpunkt gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres. Infolge der Zunahme der Lebensmittel- und Energiepreise sowie der Mieten stieg die Inflationsrate in den ersten acht Monaten auf 4.4 %. 2007

sank das Budgetdefizit infolge höherer Einnahmen und geringerer Ausgaben auf 2.2 % des BIP. Auch heuer und im nächsten Jahr dürfte das Haushaltsdefizit unter 3 % bleiben. Damit sind die fiskalischen Kriterien für den Beitritt zum Euroraum erfüllt und die Slowakei kann im Jänner 2009 den Euro einführen. Die günstige Wirtschaftsentwicklung dürfte sich, allerdings mit verlangsamtem Tempo, fortsetzen. Für die Jahre 2008 und 2009 wird ein Wachstum von 7 ¼ % bzw. 6 % erwartet.

Das Wachstum der **slowenischen Wirtschaft** erreichte im zweiten Quartal 2008 und im Durchschnitt der ersten sechs Monate jeweils 5.5 %. Das Wirtschaftswachstum ist hauptsächlich auf die Anlageinvestitionen (Autobahnbau und Investitionen in die Bahninfrastruktur sowie Unternehmensinvestitionen) und den privaten Konsum zurückzuführen. Die Anlageinvestitionen nahmen im ersten Halbjahr um 13 %, der private Konsum um 3.1 % zu. Der Beitrag der Nettoexporte zum Wachstum war im ersten Halbjahr negativ. Das Wachstum der Exporte hat sich weiter verlangsamt, während die Importe stärker zunahmen. Die Exporte stiegen um 7.3 %, die Importe nahmen um 8.5 % zu. Infolge der kräftigen Wirtschaftsentwicklung setzte sich die Zunahme der Beschäftigung im zweiten Quartal fort, und die Arbeitslosenquote verringerte sich im Juli auf 6.5 %. Die Inflationsrate betrug im Durchschnitt der ersten acht Monate 3.5 %. Für die Jahre 2008 und 2009 wird wegen einer nachlassenden Dynamik beim privaten Konsum mit einem Wachstum von 5 % bzw. 4 % gerechnet.

Im ersten Halbjahr 2008 betrug das Wachstum der **rumänischen Wirtschaft** 8.8 %, im zweiten Quartal 9.3 %. Wesentliche Stützen des Wachstums waren im ersten Halbjahr die Anlageinvestitionen (31.1 %) und der private Konsum (11 %), angetrieben durch ein starkes Reallohnwachstum, Kreditexpansion und Überweisungen der rumänischen Gastarbeiter. Die Exporte wuchsen im ersten Halbjahr um 18.1 % (in EUR), die Importe expandierten mit 15.3 % (in EUR) langsamer. Das Leistungsbilanzdefizit sank in den ersten sieben Monaten auf 10.4 % des BIP. Die Inflationsrate lag in den ersten acht Monaten mit einem Wert von 4.2 % um 1.4 Prozentpunkte über dem Vorjahreswert. Angesichts des Anstiegs der Inflation und des hohen außenwirtschaftlichen Ungleichgewichts erhöhte die Zentralbank ihre Interventionsrate im September auf 10 ¼ % und hielt die Anfang des Jahres eingeführten Maßnahmen zur Reduzierung des schnell wachsenden Kreditvolumens aufrecht. Die Arbeitslosenquote nahm weiter ab und betrug im Juli 3.8 %. Insbesondere die Bauwirtschaft ist von einem Mangel an Arbeitskräften und Produktionskapazitäten stark betroffen. Heuer dürfte das Wirtschaftswachstum, gestützt durch die Anlageinvestitionen und den Konsum, 8 % erreichen. Im nächsten Jahr könnte das BIP-Wachstum, aufgrund einer erwarteten Abschwächung des Wachstums der Bauinvestitionen, 5 ½ % betragen.

In **Bulgarien** beschleunigte sich das Wirtschaftswachstum im zweiten Quartal und in der ersten Jahreshälfte 2008 auf jeweils 7.1 %. Dieses Ergebnis ist auf die dynamische Entwicklung der Anlageinvestitionen mit einer Wachstumsrate von rund 23 % zurückzuführen. Aufgrund der günstigen Einkommensentwicklung ist auch die private Konsumnachfrage kräftig gestiegen (5.5 %). Während die Exporte im Zeitraum Jänner bis Juni um 6.9 % zunahmen, legten die Importe um 9.9 % zu, was zur Ausweitung des Handelsbilanzdefizits auf 11.1 % des BIP führte. Die Arbeitslosenquote nahm gegenüber dem Vergleichszeitraum des Vorjahres um einen Prozentpunkt ab und betrug im zweiten Quartal 5.9 %. Infolge sinkender Lebensmittel- und Energiepreise ging die Inflationsrate im August auf 11 %

zurück nach 15 % im Juni. In den Jahren 2008 und 2009 dürfte das Wirtschaftswachstum 6 ½ % bzw. 5 ½ % betragen. Der Budgetüberschuss erreichte in den ersten sieben Monaten mit 6.4 % des BIP einen Höchststand, und damit dürfte das Ziel der bulgarischen Regierung für das Jahr 2008 (3 %) übertroffen werden.

In **Kroatien** verlangsamte sich die Wirtschaftsdynamik im zweiten Quartal 2008 auf 3.4 % und erreichte im ersten Halbjahr 3.9 %. Wesentliche Stützen des Wachstums waren im ersten Halbjahr die Investitionen (11.2 %) und der private Konsum (3.3 %). Die Exporte erhöhten sich real um 4.2 %, die Importe wuchsen um 7.6 %, was zur Ausweitung des Handelsbilanzdefizits beitrug. Die Inflationsrate betrug im August 6 %, zurückzuführen auf den schnellen Anstieg der Lebensmittelpreise. Die Arbeitslosenquote belief sich im August auf 12.3 %. In den Jahren 2008 und 2009 dürfte das BIP-Wachstum aufgrund der restriktiveren Geldpolitik und des erwarteten langsameren Kreditwachstums (als Folge des gleitenden Monatslimits von 1 % für das Kreditwachstum) jeweils 3 ½ % betragen.

Das Wachstum der **russischen Wirtschaft** beschleunigte sich im ersten Halbjahr 2008 auf 8 %. Es wurde von der Inlandsnachfrage getragen. Stark steigende Ölpreise unterstützten das kräftige Wachstum. Gestützt von der Erhöhung der Reallöhne, stiegen die Einzelhandelsumsätze im Zeitraum Jänner bis August um 15 %. Die Anlageinvestitionen (hauptsächlich Ersatzinvestitionen) entwickelten sich mit einer Wachstumsrate von 13 % weiterhin dynamisch. Die Güterexporte (hauptsächlich Brennstoffe und -produkte sowie Metalle und Metallerzeugnisse mit einem Anteil von über 80 %) wuchsen im Zeitraum Jänner bis Juli um 53 % (in USD). Die Importe nahmen wegen der starken Binnennachfrage um 48 % zu (mit Ausrüstungsinvestitionen mit einem Anteil von über 50 % als wichtigster Komponente). Die Inflation beschleunigte sich im August auf 15 % und blieb damit außerhalb des Zielbereichs der Zentralbank (6.5 % bis 8 %). Die Arbeitslosenquote betrug Ende Juli 5.3 %. Basierend auf der dynamischen Entwicklung des Konsums – infolge der stark steigenden verfügbaren Einkommen – und der Investitionen wird für 2008 und 2009 eine BIP-Wachstumsrate von 7 ¾ % bzw. 6 ½ % erwartet. Wachstumsdämpfend könnten beträchtlich fallende Ölpreise wirken.

Internationale Rahmenbedingungen

Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozent

	2005	2006	2007	2008	2009
Welthandel	7.1	8.7	5.9	4 ¾	4 ½
BIP, real					
Deutschland	0.8	3.0	2.5	1 ¾	1
Italien	0.6	1.8	1.5	¼	½
Frankreich	1.9	2.2	2.2	1 ¼	1 ¼
Vereinigtes Königreich	1.8	2.8	3.1	1 ¼	½
Schweiz	2.5	3.4	3.3	1 ¾	1 ¼
USA	2.9	2.8	2.0	1 ¾	1 ¾
Japan	1.9	2.4	2.1	1	¾
Polen	3.6	6.2	6.5	5 ½	4 ¾
Slowakei	6.6	8.5	10.4	7 ¼	6
Tschechien	6.4	6.4	6.5	4 ¼	4
Ungarn	4.1	3.9	1.3	2	3
Slowenien	4.1	5.7	6.1	5	4
Bulgarien	6.2	6.3	6.2	6 ½	5 ½
Rumänien	4.2	7.9	6.0	8	5 ½
Kroatien	4.3	4.8	5.6	3 ½	3 ½
Russland	6.4	6.7	8.1	7 ¾	6 ½
Euroraum	1.7	2.8	2.6	1 ½	1
NMS-12	4.8	6.4	6.2	5 ¼	4 ½
EU-27	1.9	3.1	2.9	1 ¾	1 ¼
OECD	2.7	3.1	2.7	1 ¾	1 ½
Österreichische Exportmärkte	7.9	10.9	7.6	5 ¼	5
USD/EUR Wechselkurs *)	1.24	1.26	1.37	1.50	1.40
Rohölpreise**)**)	53.4	64.3	71.1	110	95

Quelle: EUROSTAT, IMF, OECD, Nationale Statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) absolute Werte

**) USD/barrel

3. Die österreichische Außenwirtschaft

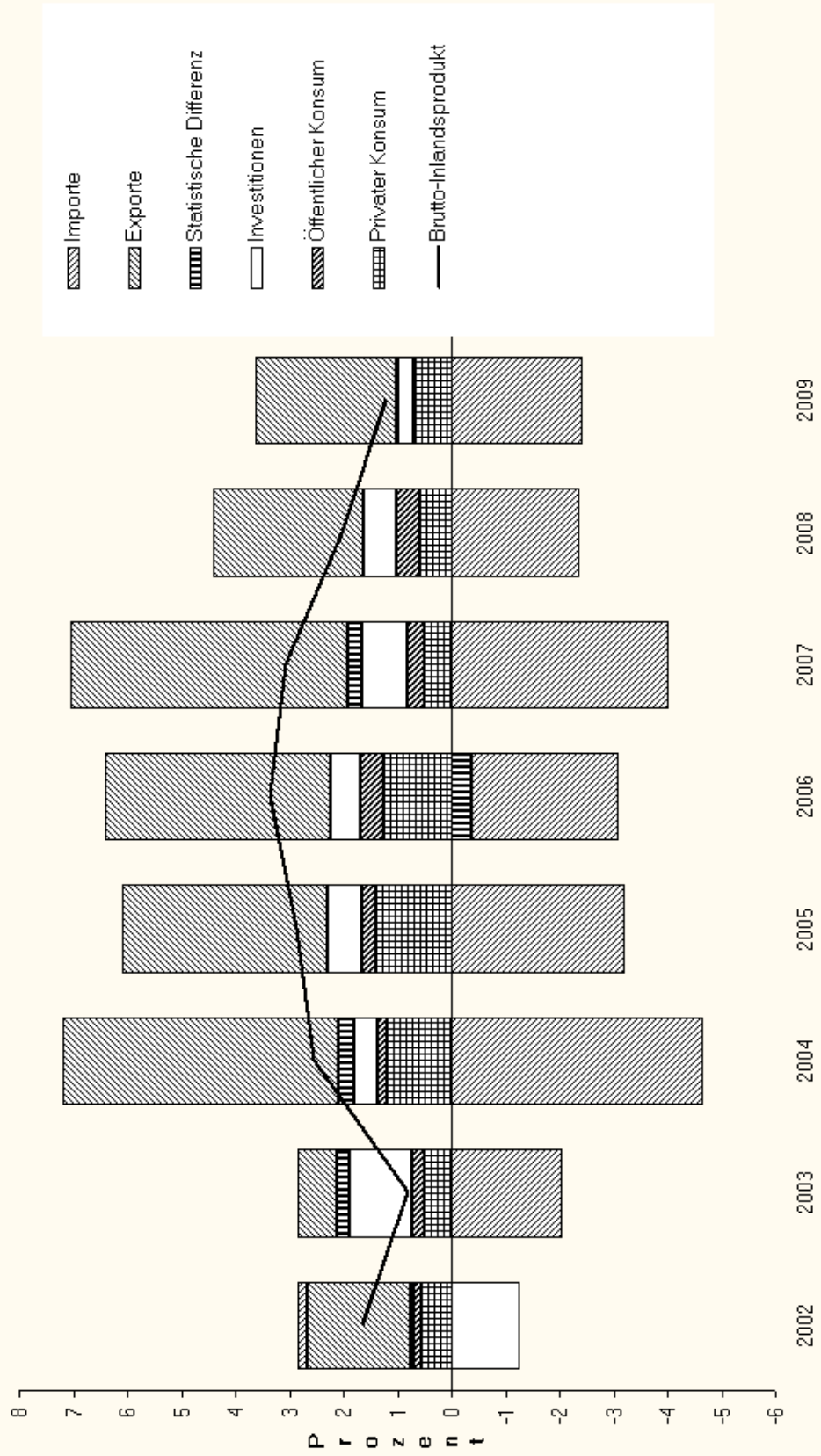
Im heurigen Jahr trüben sich die Exportaussichten vor dem Hintergrund der Konjunkturschwäche im Euroraum und in den USA ein. Der asiatische Markt und die osteuropäischen Nachbarländer sind weiterhin wichtige Zielregionen für die österreichische Exportwirtschaft. Trotz stark angestiegener Rohstoffpreise bleibt der Preisauftrieb in der Außenwirtschaft moderat. Die Teuerung bei den Exporten und Importen dürfte im heurigen Jahr 1.3 % bzw. 2.4 % ausmachen. Es wird erwartet, dass sich der Preisauftrieb im nächsten Jahr abschwächt. Österreich wird in den Jahren 2008 und 2009 einen Handelsbilanzüberschuss aufweisen.

Die nachlassende internationale Konjunkturdynamik wird auch das Wachstum der österreichischen Exportmärkte dämpfen. Im laufenden Jahr wird das Wachstum der nominellen Warenexporte 6.2 % ausmachen. Die Exporte in den Euroraum werden dabei um 4.5 % zulegen. Die Nachfrage nach österreichischen Produkten dürfte insbesondere von der schwachen Investitionstätigkeit in den großen Nachbarländern betroffen sein. Die Exporte in die Länder außerhalb des Europäischen Währungssystems erweisen sich weiterhin als sehr dynamisch. Die Ausfuhren in die mittel- und osteuropäischen Länder werden kräftig wachsen, und auch die Nachfrage aus den Tigerstaaten und aus China bleibt robust. Die österreichischen Warenexporte in die USA, die im vergangenen Jahr geschrumpft sind, werden im laufenden Jahr kaum an Dynamik dazu gewinnen. Betrachtet man die österreichische Exportentwicklung nach Produktgruppen, so dürften sich 2008 die Exporte von Maschinen und Fahrzeugen deutlich verlangsamen. Weniger von der konjunkturellen Abschwächung betroffen ist der Export von Lebensmitteln. Besonders robust bleibt auch die Auslandsnachfrage nach Energie, Ölen und Fetten. Im Jahr 2009 wird das Wachstum der österreichischen Warenexporte nominell 5.2 % betragen. Das Importwachstum wird heuer voraussichtlich 6.8 % ausmachen. Nächstes Jahr wird es auf 4.9 % sinken.

Die Abschwächung der konjunkturellen Entwicklung in den Nachbarländern und die damit im Zusammenhang stehende Verunsicherung über die Einkommensentwicklung der privaten Haushalte dürfte in der österreichischen Tourismusindustrie, nach einer ausgezeichneten Wintersaison, im Sommer Spuren hinterlassen. Die österreichischen Reiseverkehrsexporte werden heuer voraussichtlich nominell um 6.1 % wachsen. Die Reiseverkehrsimporte werden um 0.5 % zulegen. Für 2009 wird für die Reiseverkehrsexporte eine Verlangsamung im Wachstum erwartet, das Importwachstum wird sich im Reiseverkehr hingegen wieder beschleunigen.

Das Wachstumstempo der realen Exporte i. w. S. laut VGR wird heuer 4.5 % ausmachen. Das Wachstumstempo der realen Warenexporte wird sich dabei auf 4.8 % verlangsamen. Für 2009 wird eine weitere, allerdings geringfügige, Abschwächung des realen Exportwachstums erwartet. Die Exporte i. w. S. laut VGR werden um 4.2 %, die Warenexporte um 4.5 % steigen. Für die realen Importe i. w. S. laut VGR wird für die Jahre 2008 und 2009 ein Wachstum von jeweils 4.3 % erwartet, wobei die realen Warenimporte um 4.2 % bzw. 4.4 % zulegen sollten.

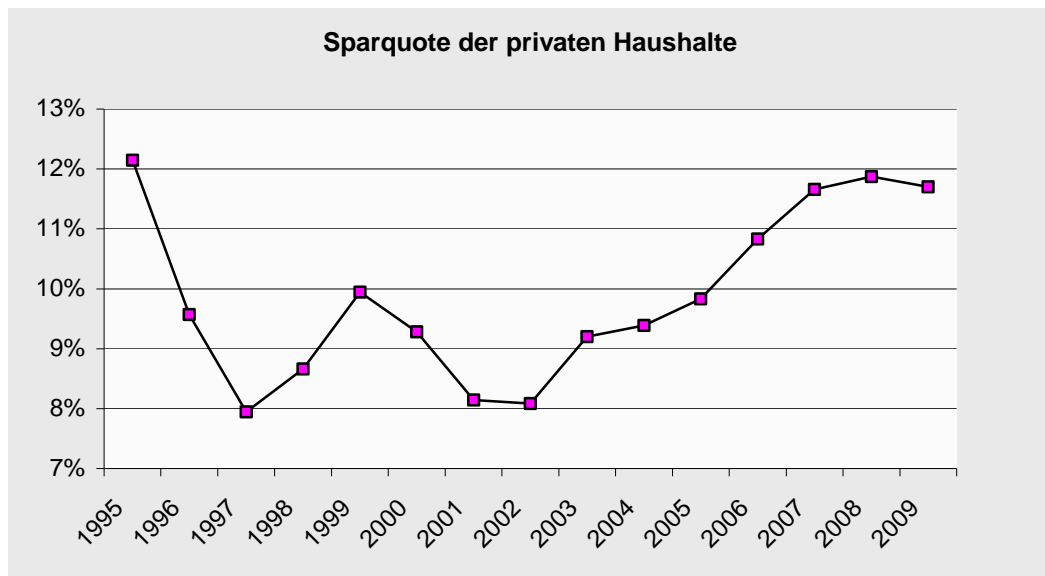
Wachstumsbeiträge der realen Endnachfragekomponenten



4. Perspektiven der Inlandskonjunktur

Nach vorläufigen Berechnungen wurde im ersten Halbjahr ein Wachstum der realen privaten Konsumnachfrage von knapp unter 1 % verzeichnet. Sowohl die gemeldeten Umsätze des Einzelhandels als auch die Statistik der Kfz-Zulassungen gehen mit diesem Wert konform, lediglich bei den Dienstleistungen war die Nachfrage zuletzt etwas stärker. Die schwache Aktivität im Konsum ist vor allem auf die Teuerung zurückzuführen, die den Ausgabenspielraum der Haushalte stark einschränkt. Es scheint zudem, als hätten die Haushalte nicht einmal diesen Spielraum voll ausgeschöpft und Anschaffungspläne nur äußerst vorsichtig umgesetzt. Der unvorhergesehene Preisauftrieb zu Beginn des laufenden Jahres hat zu dem in der Volkswirtschaftslehre als Deaton-Effekt bekannten Muster geführt, also einem kurzfristigen Fallen der Konsumneigung als Reaktion auf unerwartete Inflation. Das derzeitige Abflauen des Preisauftriebs würde nahe legen, dass im zweiten Halbjahr eine leichte Nachfragebelebung einsetzen und sich im nächsten Jahr fortsetzen sollte. Die für 2009 zu erwartende schwache Konjunktur wird jedoch die Expansion des privaten Konsums neuerlich in die Schranken weisen.

Der **private Konsum** wächst heuer real um 1.1 %. Für das nächste Jahr rechnet das Institut mit einem geringfügig stärkeren realen Ausgabenzuwachs von 1.3 %. Diese Werte entsprechen zwar annähernd den jeweiligen Wachstumsraten der verfügbaren Realeinkommen von 1.3 % (2008) und 1.1 % (2009), liegen jedoch heuer etwas darunter und 2009 geringfügig darüber. Insgesamt verharrt gleichwohl die Haushaltssparquote nahezu unverändert auf dem Niveau von 2007. Gegenüber der Juni-Prognose schätzt die Vorausschau die private Nachfrage nun noch etwas vorsichtiger ein, womit sie dem schwächeren konjunkturellen Gesamtbild folgt.



Die Grafik der **Haushaltssparquote** zeigt den markanten Abfall bis 1997 und den kontinuierlichen Anstieg in den Jahren 2002 bis 2007. Die jüngste Datenrevision seitens Statistik Austria hat hier einiges

geändert und unter anderem das Niveau der gezeigten Werte deutlich angehoben, das Muster der Dynamik in den letzten Jahren aber kaum berührt. So liegt nun das derzeitige Niveau bei fast 12 % und nicht mehr, wie noch in der Juni-Prognose unterstellt, bei rund 10.5%. Über den Prognosezeitraum wird dieser Wert etwa konstant bleiben und auch im nächsten Jahr nur unmerklich zurückgehen. Die Ursachen der spürbaren Aufwärtsbewegung der Sparquote seit 2002 sind nicht restlos geklärt, das verstärkte Bedürfnis nach individueller Altersvorsorge dürfte jedenfalls eine Rolle spielen.

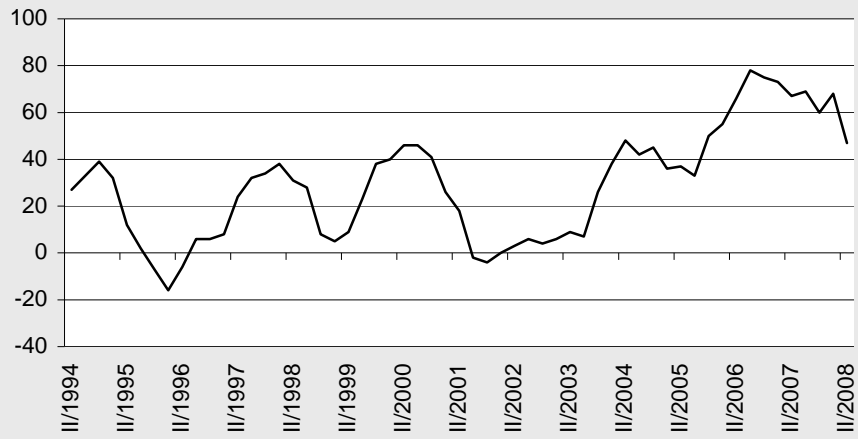
Für das verhältnismäßig kleine Nachfrageaggregat **Eigenverbrauch privater Dienste ohne Erwerbscharakter** ist im Prognosezeitraum von einem nur mäßigen Wachstum auszugehen. Im Detail werden hier reale Zuwächse von 1 % für 2008 und von 1.5 % für 2009 ausgewiesen. Gegenüber der letzten Prognose sind hier nur geringfügige Korrekturen aufgetreten.

In der ersten Jahreshälfte 2008 war die Sachkapitalbildung noch rege, für den Prognosezeitraum zeichnet sich angesichts der konjunkturellen Eintrübung aber eine deutliche Abschwächung der Investitionstätigkeit ab. Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich sonstige Anlagen) wurden im Durchschnitt der ersten sechs Monate gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum um 3.5 % ausgeweitet. Während die Käufe von Fahrzeugen eine Steigerungsrate von 10 % aufwiesen, stagnierten die Anschaffungen von Maschinen und Geräten annähernd. Die saisonbereinigten Zahlen zeigen im bisherigen Jahresverlauf eine abnehmende Investitionsdynamik. Diese Tendenz dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen. Mit der konjunkturellen Abkühlung verschlechtern sich die Absatz- und Ertragsperspektiven. Die Industrieunternehmen verbuchen sinkende Auftragseingänge, vor allem aus dem Ausland. In der Folge wird die Produktion eingeschränkt, und die Skepsis hinsichtlich der künftigen Produktionstätigkeit nimmt deutlich zu. Mit den frei werdenden Produktionskapazitäten verringert sich die Notwendigkeit, in die Erweiterung des Maschinenparks zu investieren. Zudem zeichnet sich eine Verschärfung der Finanzierungsbedingungen ab. Vor dem Hintergrund der eingetrübten wirtschaftlichen Aussichten sowie angesichts der schwierigen Refinanzierungsbedingungen und der Risikoneubewertung infolge der anhaltenden Finanzmarktkrise agieren die Geschäftsbanken zurückhaltender bei der Vergabe von Unternehmenskrediten. In der Folge steigen die Kreditzinsen und es wird verstärkt hinsichtlich des Bonitäts- und Ausfallrisikos differenziert. Auch die Kosten der Investitionsfinanzierung über die Emission von Unternehmensanleihen nehmen zu, da die Zinsaufschläge im Vergleich zu risikolosen Staatsanleihen steigen.

Da die Sachkapitalbildung in den vergangenen Jahren nicht die in früheren Aufschwungphasen beobachtete Dynamik entfaltete, dürfte auch die Abschwächung moderater als bei zurückliegenden zyklischen Abschwüngen ausfallen. Mit 3 % heuer bzw. 1.3 % im kommenden Jahr werden die Wachstumsraten der Ausrüstungsinvestitionen im Prognosezeitraum gleichwohl merklich geringer ausfallen als im vergangenen Jahr.

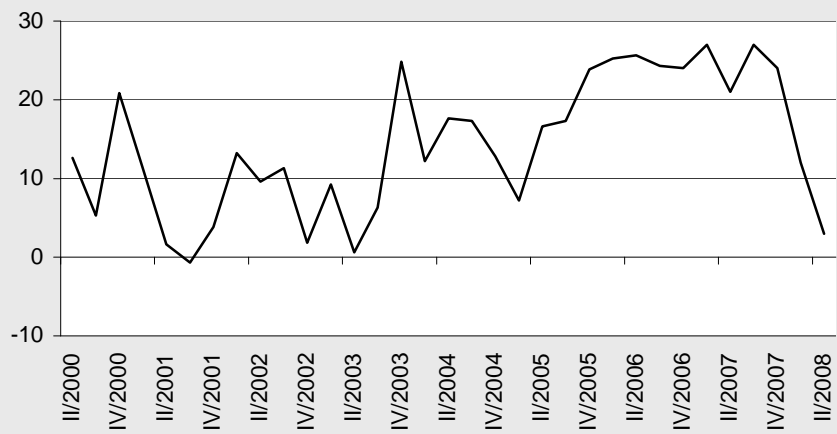
Im Durchschnitt der ersten sechs Monate des laufenden Jahres ist der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen um 1.3 % und damit etwas schwächer als im vergangenen Jahr gestiegen. Im Prognosezeitraum sollte der Preisauftrieb weiter nachlassen und sich im Jahresdurchschnitt 2008 auf 1.3 % sowie 2009 auf 1.1 % belaufen.

Beurteilung der Auftragsbestände Saldo aus positiven und negativen Antworten

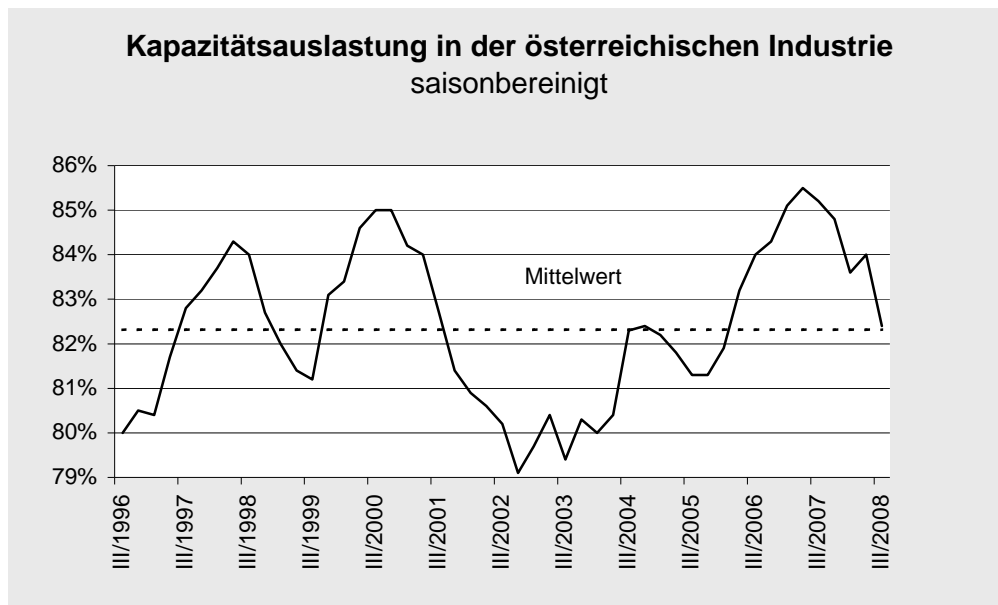


Quelle: Industriellenvereinigung

Produktionstätigkeit der nächsten drei Monate saisonbereinigt



Quelle: Industriellenvereinigung



Quelle: Europäische Kommission

Mit einer Zunahme um 2.6 % trugen die **realen Bauinvestitionen** im ersten Halbjahr maßgeblich zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei wurde der Wohnbau nur wenig ausgeweitet, während der Nicht-Wohnbau eine hohe Dynamik entfaltete. Impulse kamen vor allem vom Straßen- und Brückenbau, aber auch der Industrie- und Ingenieurbau stieg deutlich. Die noch kräftigen Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen erforderten offenbar häufig auch Baumaßnahmen. Die Auftragsbestände signalisieren für die kommenden Monate eine weniger schwungvolle Bautätigkeit. Trotz der wachsenden Zahl der Haushalte dürften im Prognosezeitraum vom Wohnbau kaum Impulse ausgehen. Die Abkühlung der Konjunktur wird auch die Unternehmen veranlassen, ihre Investitionsbudgets einzuschränken. Hingegen dürfte die öffentliche Hand weiterhin kräftig in die Modernisierung und den Ausbau der Verkehrsinfrastruktur investieren und damit die Bautätigkeit stützen. Insgesamt sollten die realen Bauinvestitionen im Jahresdurchschnitt 2008 um 2.3 % und 2009 um 1.3 % steigen.

Die Baupreise nahmen im ersten Halbjahr um 4.4 % zu. Damit hat sich der bereits im vergangenen Jahr kräftige Preisauftrieb nochmals verstärkt. Im zweiten Quartal belief sich die Teuerungsrate auf 4.9 %. Die Hauptursache hierfür waren die anhaltend hohen Energie- und Rohstoffpreise, die sich auch auf die Preise für die im Bau verwendeten Materialien, insbesondere Bitumen, auswirkten. Angesichts der guten Auftragslage gelang es den Bauunternehmen, die Kostensteigerungen zu einem großen Teil an die Endverbraucher weiterzugeben. Mit der erwarteten Entspannung auf den Weltmärkten für Öl und Industrierohstoffe sollte sich der Preisauftrieb im Bau beruhigen. Darüber hinaus wird die nachlassende Kapazitätsauslastung im Baubereich infolge der Konjunkturabkühlung auch die Preisüberwälzungsmöglichkeiten der Unternehmen einschränken. Alles in allem dürfte der Preisindex der Bauinvestitionen im Durchschnitt des heurigen Jahres um 4.5 % und im kommenden Jahr um 2.5 % steigen.

Die gesamten realen Bruttoinvestitionen (einschließlich Lagerbestandsveränderungen) wurden von Jänner bis Juni um 2.8 % ausgeweitet. Für den Jahresdurchschnitt 2008 beläuft sich die Institutsprognose auf 2.6 %, für 2009 auf 1.2 %.

Die Situation der **öffentlichen Haushalte** im Prognosezeitraum bleibt von der nachlassenden Konjunktur nicht unberührt. Nach einem geringfügigen Anstieg des gesamtstaatlichen Defizits auf 0.6 % des BIP heuer, wird es im nächsten Jahr voraussichtlich bei rund 1 % zu liegen kommen. Der Anstieg im nächsten Jahr ist aber nicht nur auf die schwächere wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch auf die zuletzt im Nationalrat beschlossenen Maßnahmen zurückzuführen. Der öffentliche Schuldenstand wurde letztes Jahr erstmalig seit 1993 wieder unter die 60-Prozent-Marke zurückgeführt. Für heuer ist mit einem weiteren Rückgang auf unter 58 % des BIP zu rechnen. Im nächsten Jahr wird er in etwa auf diesem Niveau bleiben.

Trotz der bereits heuer deutlich nachlassenden Konjunktur ist die Steigerung der Einnahmen aus Abgaben weiterhin beträchtlich. Wie auch in den Jahren zuvor, weisen die Lohnsteuereinnahmen mit einem Wachstum von bislang etwa 10 % im heurigen Jahr einen extrem kräftigen Anstieg auf. Dies ist auf die sehr gute Beschäftigungsentwicklung, die Lohnabschlüsse und die Progressionswirkung des Tarifs zurückzuführen. Der deutliche Beschäftigungsanstieg und die Lohnabschlüsse bedingen auch ein stärkeres Wachstum bei den Sozialversicherungsbeiträgen und sonstigen lohnabhängigen Abgaben. Ebenso trägt die Körperschaftsteuer wiederum zum hohen Aufkommen bei, und die Einnahmen aus der Mineralölsteuer wachsen kräftiger als erwartet. Das Wachstum des Umsatzsteueraufkommens dürfte wie veranschlagt etwa 4 % betragen. Im nächsten Jahr ist von einem wesentlich schwächeren Anstieg der Einnahmen aus den Abgaben auszugehen. Die Lohnsteuer wird zwar infolge des spürbaren Lohnanstiegs deutlich zulegen, jedoch fallen die Einnahmensteigerungen bei der Umsatzsteuer, der Körperschaftsteuer, aber auch den Sozialversicherungsbeiträgen merklich geringer aus.

Die Prognose der Ausgabenseite basiert infolge des Fehlens eines Beschlusses über das Bundesbudget für das nächste Jahr auf der derzeit gültigen Rechtslage inklusive der zuletzt im Nationalrat beschlossenen Maßnahmen, wie die kräftigere Pensionserhöhung, die Ausbezahlung einer 13. Familienbeihilfe usw. Diese Maßnahmen führen im Verein mit höheren Ausgaben im Gefolge der weiteren konjunkturellen Eintrübung, wie z. B. Leistungen aus der passiven Arbeitsmarktpolitik, im nächsten Jahr zu einem merklichen Anstieg der monetären Transferleistungen an die privaten Haushalte. Der heurige Inflationsanstieg wird zu kräftigen Lohnsteigerungen im öffentlichen Dienst führen, was den nominellen öffentlichen Konsum erhöht. Dämpfend wirkt der Wegfall der Anlieferung der Abfänger. In den beiden Prognosejahren wächst der reale öffentliche Konsum um 2.5 % bzw. 0.3 %.

Entsprechend der Absichtserklärungen aller im Nationalrat vertretenen Parteien, wird die Lohn- und Einkommensteuerreform ein zentrales Anliegen der nächsten Regierung sein. Um ein entsprechendes Volumen bereitstellen zu können, wird es notwendig sein, bereits im nächsten Jahr auf der Ausgabenseite Spielraum hierfür zu schaffen. Dies ist vor allem vor dem Hintergrund der großen Unsicherheit über die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung von Bedeutung. Die Einhaltung der Vorgaben des Stabilitäts- und Wachstumspakts muss als übergeordnetes Ziel berücksichtigt werden. Die Reform im Ge-

sundheitswesen wird ein weiteres zentrales Anliegen sein müssen. Die Verlängerung der sogenannten Hacklerregelung wird von Seiten des Institutes kritisch gesehen. Die neuerliche Aufweichung der vergangenen Reformmaßnahmen erleichtert es auch in Zukunft, mildernde Maßnahmen zu beschließen, was langfristig die finanzielle Stabilität des öffentlichen Pensionssystems gefährden könnte.

Angesichts der günstigen Konjunktorentwicklung und des massiven Preisanstiegs haben sich die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** in den vergangenen Monaten eher verhalten entwickelt. In den ersten acht Monaten des Jahres 2008 sind die Tariflöhne als Folge der Herbstlohnrunde um 3 % angestiegen. Nach den vorläufigen Ergebnissen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung haben die Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten im ersten Halbjahr lediglich um 2.2 % zugenommen. Allerdings unterschätzt dieser Wert vermutlich den effektiven Anstieg der Arbeitnehmerentgelte aus zwei Gründen. Erstens werden die geänderten Bestimmungen zur Meldung der unselbständig Beschäftigten an den Hauptverband in diesem Jahr zu einer Verzerrung der Ergebnisse führen. Zweitens wird das derzeit kräftige Wachstum der Anzahl der Aktiv-Beschäftigten in hohem Maße durch das Entstehen von Teilzeitbeschäftigung getragen. Sowohl der statistische Sondereffekt als auch der wachsende Anteil an Teilzeitbeschäftigung wird den gemessenen Anstieg der Arbeitnehmerentgelte im gesamten laufenden Jahr dämpfen. Für das Jahr 2008 erwartet das Institut nur eine geringfügige Beschleunigung des Wachstums der Arbeitnehmerentgelte auf 2.8 % im Jahresdurchschnitt.

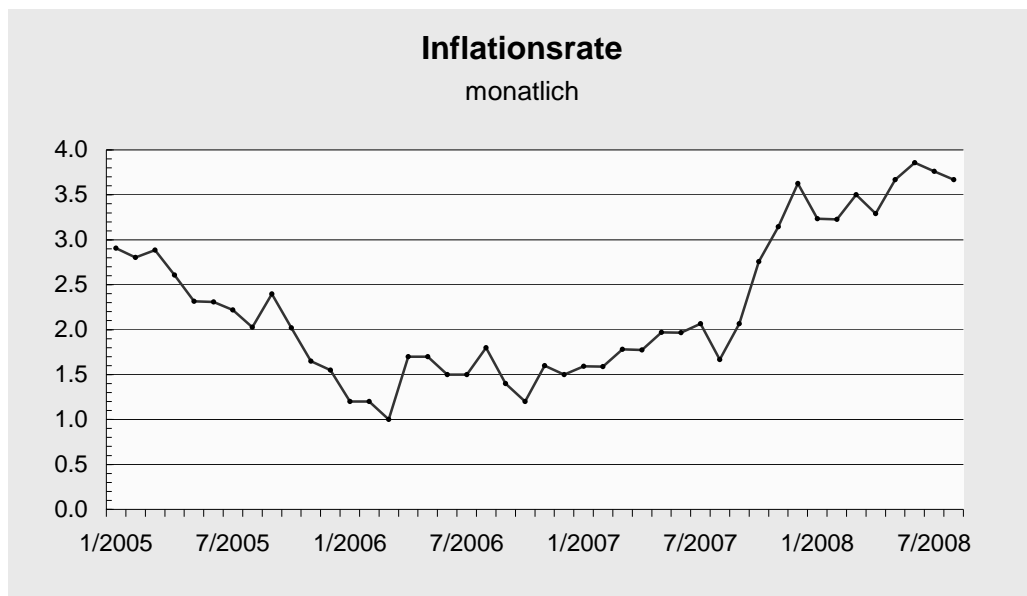
Im Jahr 2009 wird das Lohnwachstum einerseits von den Nachwirkungen der gegenwärtig hohen Preissteigerungen und andererseits von der merklich gedämpften Konjunktursituation beeinflusst werden. Das Institut geht davon aus, dass sich die Reallöhne im Einklang mit der Dynamik der Arbeitsproduktivität entwickeln werden. Das Institut prognostiziert einen Anstieg der Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten von 3.2 %. Dies sollte im kommenden Jahr ein Reallohnwachstum von 1 % ermöglichen.

Seit November 2007 liegt die **Inflationsrate** hartnäckig über der 3-Prozent-Marke. Als Hauptverursacher des Preisanstieges zeichnen die Hauptgruppen Verkehr, Wohnen, Wasser und Energie sowie Nahrungsmittel verantwortlich. Insbesondere die Entwicklung der Nahrungsmittelpreise hat im vergangenen Jahr die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit erregt. Seit Mitte des Jahres 2007 sind markante Preisanstiege von Molkereiprodukten und Erzeugnissen wie Brot und Gebäck zu beobachten. Im laufenden Jahr war keine Entspannung bei den Verbraucherpreisen zu beobachten. Im Mai lag die Inflation bereits nahe an der 4-Prozent-Marke und hat sich seitdem nur mäßig verringert.

Die starke Dynamik der Verbraucherpreise in den vergangenen Monaten stellt ein globales Phänomen dar, das vom hartnäckigen Anstieg der Energie- und Rohstoffpreise und der deutlichen Zunahme der Preise für agrarische Rohstoffe ausgelöst wurde. Im Euroraum hat sich der Anstieg des HVPI seit September 2007 beinahe verdoppelt und kam in den Monaten Juni und Juli sogar bei 4 % zu liegen. Die Entwicklung des HVPI für Österreich folgte ziemlich genau der durchschnittlichen Entwicklung im Euroraum und lag im August mit 3.6 % knapp unter dem Euroraum-Durchschnittswert von 3.8 %.

Entgegen den Erwartungen hat sich die Dynamik der Energiepreise im laufenden Jahr nicht beruhigt. Der Erdölpreis ist im ersten Halbjahr außergewöhnlich stark angestiegen. Dieser Anstieg wird zu verzögerten Steigerungen bei den Endverbraucherpreisen von Gas und Strom führen, sodass auch in der zweiten Jahreshälfte Preisdruck von dieser Seite besteht. Das Institut sieht sich daher veranlasst, die Prognose für den Anstieg des VPI auf 3.4 % anzuheben.

Allerdings werden bereits in der unmittelbaren Zukunft beruhigende Kräfte wirksam, die zu einem Abschwellen des Preisauftriebs führen werden. Im Spätsommer haben sich die Erdölpreise bereits merklich entspannt und zudem wird die gedämpfte Konjunktur generell den Preisanstieg bremsen. Im Jahr 2009 sollten die günstigen Rahmenbedingungen für einen Rückgang der Inflation erhalten bleiben. Dem steht gegenüber, dass moderate Zweitrundeneffekte des diesjährigen Preisauftriebs erwartet werden. Für das nächste Jahr prognostiziert das Institut daher einen Anstieg des VPI um 2.3 %.



Quelle: Statistik Austria

Gegenwärtig ist die Arbeitsmarktlage noch sehr erfreulich. Die Beschäftigung steigt stark und die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen fällt. Allerdings hat sich der positive Trend am Arbeitsmarkt im Jahresverlauf spürbar verlangsamt. Aufgrund des Konjunktureenbruchs wird im nächsten Jahr die Beschäftigung nur noch marginal ausgeweitet und die Arbeitslosenquote wird erstmals seit 2005 wieder ansteigen.

Im August lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** um rund 80,000 Personen bzw. 2.4 % über dem Vergleichsniveau des Vorjahres. Rund 60 % des Beschäftigungszuwachses entfiel dabei auf die Frauen. Bei der Interpretation des äußerst kräftigen Beschäftigungsanstiegs sind statistisch-administrative Änderungen zu berücksichtigen. Seit Jahresanfang sind alle neu angestellten Arbeitskräfte bereits vor Arbeitsbeginn bei der Sozialversicherung anzumelden. Die Höhe dieses Effektes lässt sich nicht quantifizieren, allerdings deutet die Arbeitskräfteerhebung auf eine sehr dynamische Beschäftigungs-

entwicklung hin. Im Gegensatz zum Vorjahr dürfte heuer ein beträchtlicher Teil der neugeschaffenen Arbeitsplätze auf Teilzeitstellen entfallen. Laut Arbeitskräfteerhebung sind knapp die Hälfte der neuen Jobs Teilzeitarbeitsplätze. In den letzten Monaten hat sich die Beschäftigungsdynamik bereits etwas verlangsamt. Die Konjunkturaussichten und auch der vorlaufende Indikator der offenen Stellen implizieren eine markante Verlangsamung des Beschäftigungsanstiegs. Für den Jahresdurchschnitt 2008 erwartet das Institut weiterhin ein Beschäftigungswachstum von 80,000 Personen bzw. 2.5 %. Nächstes Jahr wird die Beschäftigungsdynamik spürbar schwächer ausfallen, gegenwärtig wird noch eine Beschäftigungszunahme von 0.4 % erwartet.

Arbeitsmarktentwicklung 2008

	Jänner bis August (Vorjahresveränderung)	Relativ
Beschäftigte	88,130	2.6 %
Männer	40,378	2.3 %
Frauen	47,752	3.1 %
Aktiv-Beschäftigte*	88,589	2.8 %
Arbeitslose	-17,360	-7.8 %
Männer	-10,952	-8.7 %
Frauen	-6,408	-6.6 %

Quelle: Hauptverband der Sozialversicherungsträger, AMS.

* ohne KindergeldbezieherInnen, Präsenzdienster mit aufrechtem Beschäftigungsverhältnis.

Seit März 2006 geht die Zahl der vorgemerkten **Arbeitslosen** kontinuierlich zurück. Im August des heurigen Jahres waren 7,300 Personen bzw. 3.8 % weniger als arbeitslos registriert als im Vergleichsmonat des Vorjahres. Im Jahresverlauf hat sich der Abbau der Arbeitslosigkeit merklich verringert. Die Prognose unterstellt, dass die Arbeitslosenzahlen bis zum Jahresende stagnieren. Insgesamt gesehen erwartet das Institut daher für den Jahresdurchschnitt 2008 210,200 vorgemerkte Arbeitssuchende, gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um 5.4 %. Aufgrund der schwachen Konjunktur wird die Arbeitslosenzahl im nächsten Jahr kräftig ansteigen. Gegenwärtig prognostiziert das Institut für den Jahresdurchschnitt 2009 232,000 Arbeitslose, also rund 20,000 Arbeitslose mehr als im heurigen Jahr.

Im Jahresdurchschnitt 2008 fällt die Arbeitslosenquote (nationale Definition) um einen halben Prozentpunkt auf 5.8 %. Nächstes Jahr wird die Arbeitslosenquote auf 6.3 % klettern. Die Arbeitslosenquote nach EUROSTAT-Berechnungsmethode beläuft sich heuer auf 4.1 % und wird im nächsten Jahr mit 4.4 % wieder auf dem Niveau von 2007 zu liegen kommen.

Mit der Konjunkturuntrübung wird der Arbeitsmarkt wieder mehr ins Interesse der Öffentlichkeit rücken. Aus arbeitsmarktpolitischer Sicht ist gegenwärtig kein Konjunkturpaket notwendig. Generell sind aber Maßnahmen, die auf eine verstärkte Rückführung der strukturellen Arbeitslosenquote abzielen, sinnvoll. Maßnahmen, die zu einer erleichterten Vereinbarkeit von Beruf und Familie beitragen, sind ebenfalls begrüßenswert. Beispiele sind etwa die arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen des AMS für Wiedereinsteigerinnen. Eine verbesserte Kinderbetreuung (z. B. längere Öffnungszeiten) könnten dazu dienen, die Erwerbsquote der Frauen zu heben. Längerfristig muss auch die Beschäftigungsquote bei den Älteren gehoben werden. Maßnahmen, die letztendlich die Frühpensionierung erleichtern (Hacklerregung, Altersteilzeit), sind nicht hilfreich.

Ausreichende fachliche Qualifikation, aber auch die Bereitschaft zu lebenslangem Lernen, werden am Arbeitsmarkt immer wichtiger. Ein besonderer Schwerpunkt der Arbeitsmarktpolitik muss daher im Bereich der Geringqualifizierten gesetzt werden. Verstärkte Ansätze zur Höher- bzw. (Re-) Qualifizierung sind für diese Gruppe angeraten. Notwendig sind aber auch vorausschauende Maßnahmen, die bereits im Kindesalter ansetzen sollten. Aus dieser Sicht ist zumindest ein verpflichtendes und kostenfreies Vorschuljahr begrüßenswert. Besondere Aufmerksamkeit verdienen die Jugendlichen mit Migrationshintergrund. Für diese Gruppe erscheinen verstärkte Bildungs- und Integrationsmaßnahmen zwingend, nur so kann verhindert werden, dass diese eine zukünftige Problemgruppe am österreichischen Arbeitsmarkt darstellen.

Generell erscheint eine allgemeine Entlastung bei den Arbeitskosten (etwa im Bereich der Lohnsteuern oder Sozialversicherungsbeiträge) angeraten. Zielgerichtete Maßnahmen für die Geringqualifizierten, etwa die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bei den Niedrigeinkommen, sind ebenfalls positiv zu bewerten. Allerdings sollte man darauf achten, dass diese nicht eine Subventionierung von (freiwilliger) Teilzeitarbeit darstellen. Aus ökonomischer Sicht wäre eine Erhöhung der Ersatzrate in der Arbeitslosenversicherung hingegen kontraproduktiv.

5. Monetäre Prognose

Im dritten Quartal 2008 hob die Europäische Zentralbank (EZB) die Leitzinsen im Euroraum um 25 Basispunkte an. Der Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt damit seit Juli bei 4,25 %. Ursache für die Zinserhöhung war die anhaltend hohe Inflation im Euroraum. Nach einer bereits seit Herbst des Vorjahres andauernden Hochinflationsphase ist der Preisanstieg im Euroraum im August zurückgegangen. Nach jeweils 4 % im Juni und Juli betrug die Inflation im August 3,8 %. Dieser Wert liegt zwar immer noch erheblich über dem von der EZB angepeilten Satz von knapp 2 %, der momentan erwartete deutliche Wachstumsrückgang im Euroraum sollte jedoch den Inflationsdruck dämpfen. Auch das Wachstum der Geldmenge M3 ist in den beiden vergangenen Monaten leicht zurückgegangen, und bei der enger gefassten Geldmenge M1 ist im gesamten Jahresverlauf ein eindeutig rückläufiger Wachstumstrend zu erkennen. Im Juli und August lag das Wachstum unter bzw. bei 1 %. Aus heutiger Sicht geht das Institut von keiner weiteren Zinsanhebung der EZB im Prognosezeitraum aus. Ein deutlicher Rückgang der Inflation könnte bei gleichzeitigem Nachlassen der Wirtschaftsdynamik die EZB zu Zinssenkungen veranlassen. Diese werden nach Einschätzung des Instituts jedoch nur langsam erfolgen.

Nach den deutlichen Zinssenkungen im ersten Halbjahr 2008 beließ die US-Notenbank Fed die Leitzinsen im dritten Quartal unverändert. Der Zielsatz für Taggeld beträgt weiterhin 2 % und liegt damit um 225 Basispunkte unterhalb des Niveaus zu Jahresbeginn.

Die Unsicherheiten infolge der globalen Finanzmarkturbulenzen, welche im Sommer 2007 durch Probleme am US-Subprime-Hypothekenmarkt ausgelöst worden waren, haben sich ausgeweitet. In den USA sind eine Reihe großer Finanzunternehmen in Schwierigkeiten geraten, was eine Rettungsaktion der amerikanischen Regierung und der amerikanischen Notenbank Fed ausgelöst hat. Der gegenwärtige Plan der US-Regierung sieht ein potenzielles Ausgabenvolumen von 700 Mrd. USD vor, um Banken ihre problematischen Hypothekenscheine abzunehmen. Ausgelöst von den Negativschlagzeilen in den USA steigen die Befürchtungen, dass auch europäische Finanzunternehmen stärker als bisher angenommen von den Turbulenzen betroffen sein könnten. Der seit Beginn der Krise herrschende Vertrauensmangel unter den Banken hat sich im Euroraum im vergangenen Quartal nicht merklich verbessert, in den USA hat sich die Situation in den vergangenen Wochen sogar drastisch verschlechtert. Gemessen wird der Vertrauensmangel etwa durch die Differenz zwischen unbesichertem 3-Monats-Geldmarktsatz und Leitzinssatz. Im dritten Quartal betrug dieser Aufschlag im Euroraum durchschnittlich 75 Basispunkte, in den USA 87 Basispunkte. Im Zeitraum 1999 bis 2006 hatte dieser Aufschlag durchschnittlich 18 bzw. 21 Basispunkte betragen. Zur Erhaltung der Liquidität des Finanzsystems haben Notenbanken wiederholt vorübergehend zusätzliche Mittel in Milliardenhöhe zur Verfügung gestellt.

Im dritten Quartal wurde der 3-Monats-Euribor zu durchschnittlich 4,98 % quotiert und hat damit seit dem Vorquartal um 12 Basispunkte zugelegt. Der Liquiditätsspread im Euroraum, gemessen an der Differenz zwischen 3-Monats-Euribor und Mindestbietungssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte, ist

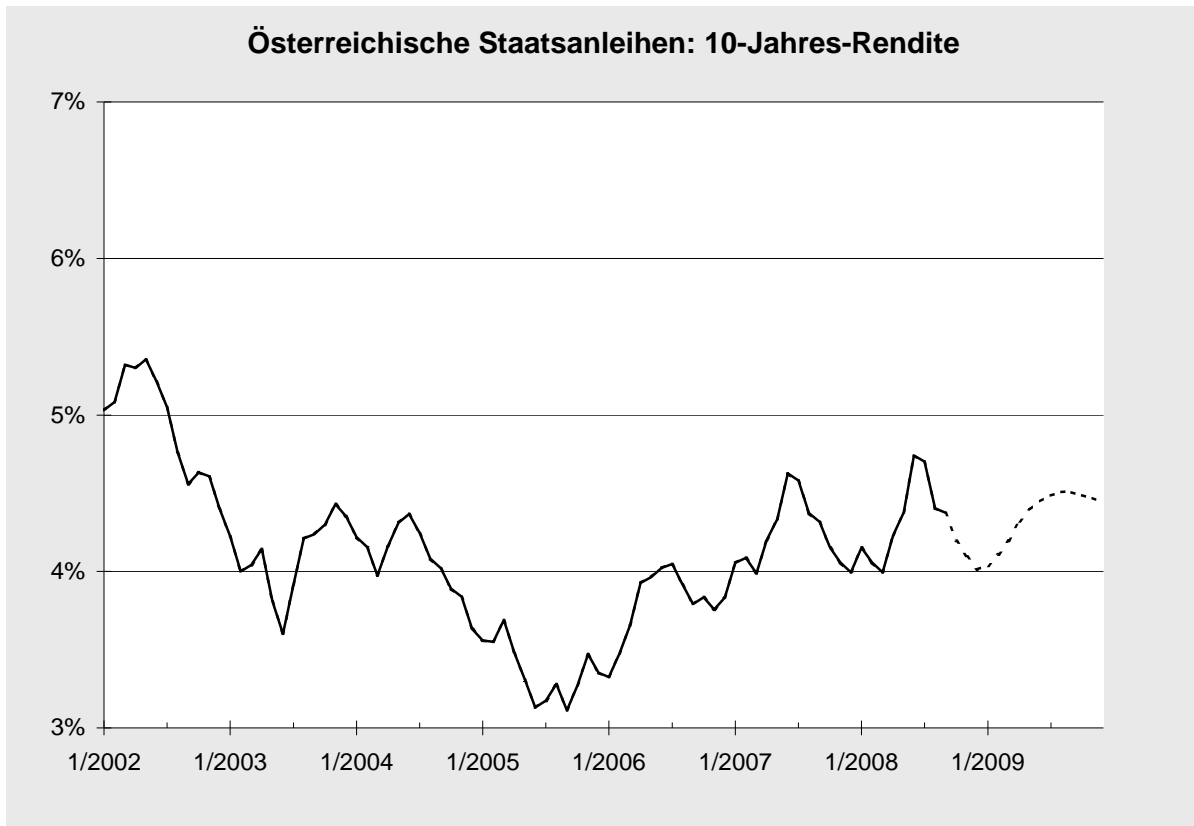
in diesem Zeitraum um durchschnittlich 11 Basispunkte zurückgegangen. Das Institut geht jedoch weiterhin davon aus, dass sich die Lage am Geldmarkt nur langsam entspannen wird und dass voraussichtlich bis Mitte 2009 mit erhöhten Geldmarktzinsen gerechnet werden muss. Gleichzeitig ist allerdings die Wahrscheinlichkeit einer Leitzinssenkung im Euroraum aufgrund der merklich nachlassenden Wirtschaftsdynamik gestiegen. Aus diesem Grund liegt die gegenwärtige Zinsprognose für 2009 etwas unter dem Wert der Juni-Prognose. Für 2008 und 2009 erwartet das Institut einen jahresdurchschnittlichen 3-Monats-Euribor von 4.94 % bzw. 4.18 %.

Auf den europäischen Anleihenmärkten haben sich die Renditen, gemessen an Quartalsdurchschnittswerten, vom zweiten auf das dritte Quartal kaum verändert – nach einem Rückgang im ersten und einem Anstieg im zweiten Quartal. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen im dritten Quartal eine durchschnittliche Rendite von 4.49 % auf. Damit liegt die Rendite 10-jähriger österreichischer Staatsanleihen weiterhin unter dem 3-Monats-Euribor, was zu einem Großteil auf die hohen Risiko- bzw. Liquiditätsaufschläge auf dem Geldmarkt zurückzuführen ist. Rechnet man diese Prämien aus den Geldmarktsätzen heraus, ist die Zinskurve im Euroraum gegenwärtig weitgehend flach. Für 2008 und 2009 prognostiziert das Institut für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren eine durchschnittliche Jahresrendite von 4.28 % bzw. 4.37 %.

Bezogen auf Quartalsdurchschnittswerte hat der Euro gegenüber dem Dollar im dritten Quartal 2008 an Wert verloren und wurde im Quartalsdurchschnitt zu 1.51 USD/EUR gehandelt. Der Trend des Euro-Dollar-Wechselkurses war im dritten Quartal weiterhin rückläufig, Mitte September wurden bereits Notierungen von unter 1.40 USD/EUR verzeichnet. Die Rahmenbedingungen für die Wechselkursentwicklung hinsichtlich der Geldpolitik im Euroraum haben sich seit der letzten Prognose leicht verändert. Gegenwärtig ist nicht mehr mit Zinserhöhungen der EZB im Prognosezeitraum zu rechnen, es werden eher Zinssenkungen im kommenden Jahr erwartet. Auch die wirtschaftliche Dynamik in Europa sollte sich stärker als in der letzten Prognose unterstellt abschwächen. Diese Entwicklungen sprechen ceteris paribus für eine Schwächung des Euro. Bei Unterstellung einer moderat wachsenden US-Wirtschaft erwartet das Institut eine Abwertung des Euro gegenüber dem Dollar. Für 2008 und 2009 wird ein durchschnittlicher Jahreskurs von 1.50 USD/EUR bzw. 1.40 USD/EUR prognostiziert.

Die Prognose des Instituts zur Entwicklung verschiedener Einlagekategorien und des vergebenen Kreditvolumens von in Österreich meldepflichtigen Kreditinstituten für 2008 und 2009 hat sich seit der Juni-Prognose nicht wesentlich verändert. Die Termineinlagen sollten sich jedoch noch deutlicher ausweiten als zuletzt erwartet. Die Entwicklung dieser Einlagenkategorie ist weiterhin von der Zinsstruktur und den künstlich hohen Geldmarktsätzen beeinflusst, was eine Verzinsung in diesem Bereich überproportional attraktiv macht. Für 2008 wird ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 38.9 % erwartet. Im kommenden Jahr sollte sich diese Entwicklung normalisieren und das Wachstum auf 8.7 % zurückgehen. Für die Sichteinlagen wird 2008 und 2009 ein jahresdurchschnittliches Wachstum von 4.1 % und 5.9 % prognostiziert. Das Volumen der Spareinlagen sollte Wachstumsraten von 5.5 % und 4.5 % aufweisen, und die Ausweitung des Kreditvolumens sollte sich auf 4.2 % bzw. 2.1 % belaufen.

ERGEBNISSE DER MONETÄREN PROGNOSE



Quelle: Thomson Financial Datastream, eigene Berechnungen.

Erläuterung: Die strichlierte Linie gibt die prognostizierten Werte an.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)		2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
GDP	BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €)	212.045 1.6%	213.744 0.8%	219.182 2.5%	225.483 2.9%	233.091 3.4%	240.236 3.1%	245.114 2.0%	248.114 1.2%
GDP\$	BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €)	218.848 3.0%	223.302 2.0%	232.782 4.2%	244.453 5.0%	257.294 5.3%	270.837 5.3%	283.276 4.6%	292.932 3.4%
PGDP	DEFLATOR DES BIP (2000=100)	103.208 1.3%	104.472 1.2%	106.205 1.7%	108.413 2.1%	110.384 1.8%	112.738 2.1%	115.569 2.5%	118.063 2.2%
PLC	VERBRAUCHERPREISINDEX (2005=100)	94.485 1.8%	95.750 1.3%	97.740 2.1%	100.000 2.3%	101.500 1.5%	103.700 2.2%	107.226 3.4%	109.692 2.3%
YWGLEA	ARBEITNEHMER-ENTGELT JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN	36.283 2.2%	36.996 2.0%	37.462 1.3%	38.426 2.6%	39.572 3.0%	40.440 2.2%	41.572 2.8%	42.902 3.2%
LEA	UNSELBSTÄNDIG AKTIV- BESCHÄFTIGTE IN 1000 PERSONEN	3051.925 -0.5%	3057.409 0.2%	3078.544 0.7%	3110.407 1.0%	3161.932 1.7%	3227.449 2.1%	3308.135 2.5%	3321.368 0.4%
UR	ARBEITSLIQUENQUOTE NAT.DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	6.861 0.779	7.010 0.149	7.084 0.075	7.254 0.170	6.795 -0.459	6.232 -0.563	5.782 -0.450	6.324 0.542

TAB. 1/2: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALLEN ENDNACHFRAGEKOMponentEN (IN PROZENTPUNKTEN)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Var1	0.558	0.504	1.183	1.381	1.254	0.496	0.567	0.664
Var2	0.093	0.024	0.044	0.025	0.053	0.039	0.015	0.022
Var3	0.125	0.209	0.186	0.281	0.424	0.318	0.447	0.045
Var4	-1.281	1.185	0.442	0.634	0.543	0.831	0.596	0.282
Var5	-0.486	0.481	-0.042	0.592	0.097	0.730	0.333	0.140
Var6	-0.544	0.560	0.193	-0.046	0.484	0.320	0.264	0.144
Var7	0.070	0.213	0.268	-0.003	-0.388	0.260	0.010	0.012
Var8	1.909	0.727	5.095	3.782	4.197	5.151	2.783	2.634
Var9	1.770	0.353	4.660	2.533	3.453	4.007	2.207	2.146
Var10	0.145	0.367	0.506	1.244	0.783	1.169	0.591	0.508
Var11	0.174	-2.062	-4.673	-3.226	-2.709	-4.030	-2.388	-2.435
Var12	0.136	-1.772	-4.238	-2.523	-2.239	-3.664	-1.929	-2.064
Var13	0.040	-0.298	-0.485	-0.697	-0.477	-0.408	-0.464	-0.384
GDP	1.647	0.801	2.545	2.874	3.374	3.065	2.031	1.224

TAB. 1/3: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	
Var1	INVESTITIONSQUOTE ABSOLUTE DIFFERENZEN	22.204 -1.647	23.203 0.999	23.058 -0.145	23.030 -0.028	22.804 -0.226	22.932 0.128	23.060 0.128	23.059 0.000
UREU	ARBEITSLÖSENQUOTE EU DEF. ABSOLUTE DIFFERENZEN	4.2 0.6	4.3 0.1	4.8 0.5	5.2 0.4	4.7 -0.5	4.4 -0.3	4.1 -0.3	4.4 0.3
Var4	REALZINSSATZ ABSOLUTE DIFFERENZEN	3.624 0.409	2.882 -0.742	2.414 -0.469	1.560 -0.853	1.978 0.418	2.160 0.182	1.769 -0.391	2.212 0.443
Var5	REALLÖHNE, BRUTTO JE AKTIV BESCH.	35.387 1.5%	35.489 0.3%	35.239 -0.7%	35.358 0.3%	35.761 1.1%	35.773 0.0%	35.531 -0.7%	35.879 1.0%
PRLEA	ARBEITSPRODUKTIVITÄT JE AKTIV BESCH.	6.948 2.1%	6.991 0.6%	7.120 1.8%	7.249 1.8%	7.372 1.7%	7.444 1.0%	7.409 -0.5%	7.470 0.8%
Var6	FINANZIERUNGSSALDO VGR IN PROZENT DES BIP ABSOLUTE DIFFERENZEN	-0.6 -0.6	-1.4 -0.7	-3.8 -2.4	-1.5 2.3	-1.5 0.0	-0.5 1.0	-0.6 -0.1	-1.0 -0.4

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
C\$	116.176 1.7%	119.230 2.6%	124.278 4.2%	130.338 4.9%	135.839 4.2%	140.080 3.1%	146.577 4.6%	151.749 3.5%
CNP\$	3.165 5.3%	3.251 2.7%	3.388 4.2%	3.486 2.9%	3.636 4.3%	3.783 4.0%	3.887 2.8%	3.995 2.8%
CP\$	40.762 1.6%	42.107 3.3%	43.358 3.0%	45.136 4.1%	47.340 4.9%	49.361 4.3%	51.987 5.3%	53.419 2.8%
IF\$	48.273 -4.2%	51.202 6.1%	52.891 3.3%	55.413 4.8%	57.959 4.6%	61.756 6.6%	65.268 5.7%	67.291 3.1%
IFES	22.736 -3.9%	23.781 4.6%	23.776 0.0%	25.451 7.0%	25.980 2.1%	28.177 8.5%	29.386 4.3%	30.080 2.4%
IFCS	24.803 -3.8%	26.338 6.2%	27.335 3.8%	27.856 1.9%	29.928 7.4%	32.027 7.0%	34.238 6.9%	35.533 3.8%
DIF\$	-0.026 -0.086	-0.346 -0.320	0.000 0.346	0.477 0.477	-0.240 -0.717	-0.107 0.133	-0.119 -0.012	-0.124 -0.005
VD\$	208.350 0.3%	215.444 3.4%	223.914 3.9%	234.851 4.9%	244.534 4.1%	254.873 4.2%	267.601 5.0%	276.331 3.3%
X\$	107.364 4.3%	108.541 1.1%	120.837 11.3%	132.001 9.2%	145.719 10.4%	161.419 10.8%	170.917 5.9%	179.578 5.1%
M\$	96.866 -1.4%	100.683 3.9%	111.970 11.2%	122.399 9.3%	132.959 8.6%	145.455 9.4%	155.242 6.7%	162.976 5.0%
GDP\$	218.848 3.0%	223.302 2.0%	232.782 4.2%	244.453 5.0%	257.294 5.3%	270.837 5.3%	283.276 4.6%	292.932 3.4%

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
C	113.307 1.0%	114.375 0.9%	116.904 2.2%	119.931 2.6%	122.758 2.4%	123.914 0.9%	125.277 1.1%	126.906 1.3%
CNP	3.149 6.6%	3.201 1.6%	3.294 2.9%	3.348 1.7%	3.468 3.6%	3.560 2.7%	3.596 1.0%	3.650 1.5%
CP	39.827 0.7%	40.271 1.1%	40.669 1.0%	41.286 1.5%	42.242 2.3%	42.983 1.8%	44.058 2.5%	44.168 0.3%
IF	47.081 -5.4%	49.595 5.3%	50.539 1.9%	51.929 2.7%	53.154 2.4%	55.091 3.6%	56.523 2.6%	57.214 1.2%
IFE	22.515 -4.3%	23.534 4.5%	23.444 -0.4%	24.740 5.5%	24.959 0.9%	26.659 6.8%	27.459 3.0%	27.803 1.3%
IFC	24.267 -4.5%	25.454 4.9%	25.866 1.6%	25.766 -0.4%	26.858 4.2%	27.604 2.8%	28.239 2.3%	28.592 1.3%
DIF	-0.050 0.145	0.402 0.452	0.976 0.573	0.969 -0.006	0.094 -0.876	0.699 0.605	0.723 0.024	0.753 0.030
VD	203.365 -0.4%	207.794 2.2%	212.218 2.1%	217.268 2.4%	221.611 2.0%	226.188 2.1%	230.147 1.8%	232.691 1.1%
X	106.261 3.9%	107.802 1.5%	118.692 10.1%	126.981 7.0%	136.445 7.5%	148.452 8.8%	155.139 4.5%	161.595 4.2%
M	97.530 -0.4%	101.902 4.5%	111.891 9.8%	118.962 6.3%	125.070 5.1%	134.464 7.5%	140.201 4.3%	146.171 4.3%
GDP	212.045 1.6%	213.744 0.8%	219.182 2.5%	225.483 2.9%	233.091 3.4%	240.236 3.1%	245.114 2.0%	248.114 1.2%

TAB. 4: PREISINDIZES (2000 = 100)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
PC	102.532 0.7%	104.244 1.7%	106.308 2.0%	108.678 2.2%	110.656 1.8%	113.046 2.2%	117.002 3.5%	119.576 2.2%
PCP	102.348 0.9%	104.560 2.2%	106.610 2.0%	109.325 2.5%	112.070 2.5%	114.838 2.5%	117.996 2.8%	120.946 2.5%
PIF	102.531 1.2%	103.241 0.7%	104.654 1.4%	106.709 2.0%	109.039 2.2%	112.099 2.8%	115.473 3.0%	117.612 1.8%
PIFE	100.981 0.4%	101.047 0.1%	101.419 0.4%	102.870 1.4%	104.091 1.2%	105.694 1.5%	107.015 1.3%	108.192 1.1%
PIFC	102.211 0.7%	103.473 1.2%	105.678 2.1%	108.113 2.3%	111.430 3.1%	116.024 4.1%	121.245 4.5%	124.276 2.5%
PVD	102.452 0.7%	103.682 1.2%	105.511 1.8%	108.093 2.4%	110.344 2.1%	112.682 2.1%	116.274 3.2%	118.755 2.1%
PX	101.038 0.3%	100.686 -0.3%	101.808 1.1%	103.953 2.1%	106.797 2.7%	108.734 1.8%	110.170 1.3%	111.129 0.9%
PM	99.319 -1.1%	98.804 -0.5%	100.070 1.3%	102.889 2.8%	106.308 3.3%	108.174 1.8%	110.728 2.4%	111.497 0.7%
PGDP	103.208 1.3%	104.472 1.2%	106.205 1.7%	108.413 2.1%	110.384 1.8%	112.738 2.1%	115.569 2.5%	118.063 2.2%

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
XG\$	78.031 4.4%	77.896 -0.2%	88.597 13.7%	96.105 8.5%	106.730 11.1%	118.411 10.9%	125.772 6.2%	132.352 5.2%
XSO\$	18.860 3.8%	19.890 5.5%	21.278 7.0%	24.495 15.1%	27.306 11.5%	30.895 13.1%	32.289 4.5%	33.916 5.0%
XST\$	10.472 3.8%	10.755 2.7%	10.962 1.9%	11.402 4.0%	11.683 2.5%	12.112 3.7%	12.856 6.1%	13.310 3.5%
X\$	107.364 4.3%	108.541 1.1%	120.837 11.3%	132.001 9.2%	145.719 10.4%	161.419 10.8%	170.917 5.9%	179.578 5.1%
MG\$	76.681 -2.1%	79.431 3.6%	89.159 12.2%	97.306 9.1%	106.171 9.1%	116.863 10.1%	124.815 6.8%	130.959 4.9%
MSO\$	15.220 1.9%	15.982 5.0%	17.610 10.2%	19.783 12.3%	21.309 7.7%	23.027 8.1%	24.836 7.9%	26.342 6.1%
MST\$	4.966 -1.0%	5.270 6.1%	5.201 -1.3%	5.310 2.1%	5.478 3.2%	5.565 1.6%	5.591 0.5%	5.675 1.5%
M\$	96.866 -1.4%	100.683 3.9%	111.970 11.2%	122.399 9.3%	132.959 8.6%	145.455 9.4%	155.242 6.7%	162.976 5.0%

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2000)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
XG	78.227 5.0%	78.976 1.0%	88.936 12.6%	94.489 6.2%	102.275 8.2%	111.616 9.1%	116.918 4.8%	122.179 4.5%
XSO	18.124 1.2%	18.846 4.0%	19.995 6.1%	22.535 12.7%	24.310 7.9%	26.638 9.6%	27.771 4.3%	28.881 4.0%
XST	9.922 0.9%	9.978 0.6%	9.911 -0.7%	10.096 1.9%	10.087 -0.1%	10.484 3.9%	10.772 2.8%	10.907 1.3%
X	106.261 3.9%	107.802 1.5%	118.692 10.1%	126.981 7.0%	136.445 7.5%	148.452 8.8%	155.139 4.5%	161.595 4.2%
MG	78.400 -0.4%	82.157 4.8%	91.216 11.0%	96.746 6.1%	101.793 5.2%	110.334 8.4%	114.968 4.2%	120.027 4.4%
MSO	14.442 0.8%	14.887 3.1%	16.092 8.1%	17.638 9.6%	18.716 6.1%	19.742 5.5%	20.926 6.0%	21.868 4.5%
MST	4.686 -4.0%	4.873 4.0%	4.704 -3.5%	4.686 -0.4%	4.685 0.0%	4.608 -1.6%	4.539 -1.5%	4.539 0.0%
M	97.530 -0.4%	101.902 4.5%	111.891 9.8%	118.962 6.3%	125.070 5.1%	134.464 7.5%	140.201 4.3%	146.171 4.3%

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT VGR (2000 = 100)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
PXG	99.749 -0.5%	98.632 -1.1%	99.618 1.0%	101.710 2.1%	104.356 2.6%	106.088 1.7%	107.573 1.4%	108.326 0.7%
PXSO	104.064 2.5%	105.542 1.4%	106.414 0.8%	108.696 2.1%	112.325 3.3%	115.979 3.3%	116.269 0.3%	117.432 1.0%
PXST	105.544 2.9%	107.784 2.1%	110.613 2.6%	112.927 2.1%	115.825 2.6%	115.531 -0.3%	119.344 3.3%	122.029 2.3%
PX	101.038 0.3%	100.686 -0.3%	101.808 1.1%	103.953 2.1%	106.797 2.7%	108.734 1.8%	110.170 1.3%	111.129 0.9%
PMG	97.806 -1.8%	96.681 -1.2%	97.745 1.1%	100.579 2.9%	104.301 3.7%	105.917 1.5%	108.565 2.5%	109.108 0.5%
PMSO	105.381 1.1%	107.357 1.9%	109.432 1.9%	112.159 2.5%	113.858 1.5%	116.639 2.4%	118.681 1.8%	120.461 1.5%
PMST	105.987 3.1%	108.138 2.0%	110.553 2.2%	113.317 2.5%	116.943 3.2%	120.767 3.3%	123.182 2.0%	125.030 1.5%
PM	99.319 -1.1%	98.804 -0.5%	100.070 1.3%	102.889 2.8%	106.308 3.3%	108.174 1.8%	110.728 2.4%	111.497 0.7%
Var1	101.731 1.4%	101.905 0.2%	101.736 -0.2%	101.035 -0.7%	100.460 -0.6%	100.518 0.1%	99.496 -1.0%	99.669 0.2%
Var2	101.986 1.3%	102.018 0.0%	101.917 -0.1%	101.124 -0.8%	100.053 -1.1%	100.161 0.1%	99.086 -1.1%	99.283 0.2%

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
Var1								
IMPORTQUOTE, GESAMT	44.262	45.088	48.101	50.070	51.676	53.706	54.802	55.636
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1.989	0.826	3.013	1.970	1.605	2.030	1.097	0.834
Var2								
IMPORTQUOTE, GÜTER	35.038	35.571	38.302	39.806	41.264	43.149	44.061	44.706
ABSOLUTE DIFFERENZEN	-1.822	0.533	2.731	1.504	1.459	1.884	0.913	0.645
Var3								
EXPORTQUOTE, GESAMT	49.059	48.607	51.910	53.998	56.635	59.600	60.336	61.304
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.595	-0.451	3.303	2.088	2.637	2.965	0.736	0.968
Var4								
EXPORTQUOTE, GÜTER	35.655	34.884	38.060	39.314	41.482	43.721	44.399	45.182
ABSOLUTE DIFFERENZEN	0.492	-0.772	3.176	1.254	2.168	2.239	0.679	0.783

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
POPWAT	5237.400 0.5%	5266.300 0.6%	5300.900 0.7%	5333.300 0.6%	5369.700 0.7%	5388.200 0.3%	5403.500 0.3%	5420.700 0.3%
TLFPR	71.892 0.5%	72.262 0.5%	72.199 -0.1%	72.618 0.6%	72.899 0.4%	73.533 0.9%	74.739 1.6%	75.187 0.6%
TLF	3765.279 1.0%	3805.538 1.1%	3827.170 0.6%	3872.940 1.2%	3914.452 1.1%	3962.088 1.2%	4038.501 1.9%	4075.664 0.9%
Var1	3394.716 0.8%	3416.968 0.7%	3424.478 0.2%	3454.451 0.9%	3481.566 0.8%	3509.947 0.8%	3564.206 1.5%	3582.397 0.5%
DLFFOR	370.563 3.0%	388.570 4.9%	402.693 3.6%	418.489 3.9%	432.886 3.4%	452.141 4.4%	474.296 4.9%	493.268 4.0%
SEG	377.700 0.9%	380.700 0.8%	384.700 1.1%	390.000 1.4%	394.400 1.1%	395.800 0.4%	403.716 2.0%	405.735 0.5%
DLF	3387.579 1.1%	3424.838 1.1%	3442.470 0.5%	3482.940 1.2%	3520.052 1.1%	3566.288 1.3%	3634.785 1.9%	3669.930 1.0%
LEA	3051.925 -0.5%	3057.409 0.2%	3078.544 0.7%	3110.407 1.0%	3161.932 1.7%	3227.449 2.1%	3308.135 2.5%	3321.368 0.4%
LENACT	103.236 27.0%	127.351 23.4%	120.047 -5.7%	119.879 -0.1%	118.946 -0.8%	116.590 -2.0%	116.473 -0.1%	116.473 0.0%
UN	232.418 14.0%	240.079 3.3%	243.880 1.6%	252.654 3.6%	239.174 -5.3%	222.248 -7.1%	210.176 -5.4%	232.089 10.4%
UR	6.861 0.779	7.010 0.149	7.084 0.075	7.254 0.170	6.795 -0.459	6.232 -0.563	5.782 -0.450	6.324 0.542

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
GDP\$	218.848 3.0%	223.302 2.0%	232.782 4.2%	244.453 5.0%	257.294 5.3%	270.837 5.3%	283.276 4.6%	292.932 3.4%
YWGG\$	110.732 1.7%	113.111 2.1%	115.328 2.0%	119.520 3.6%	125.124 4.7%	130.517 4.3%	137.526 5.4%	142.495 3.6%
BUSE	82.779 4.5%	85.322 3.1%	91.556 7.3%	98.300 7.4%	105.171 7.0%	111.965 6.5%	116.544 4.1%	120.823 3.7%
PASUB	25.337 3.7%	24.870 -1.8%	25.898 4.1%	26.633 2.8%	26.999 1.4%	28.355 5.0%	29.205 3.0%	29.614 1.4%
YF\$	-2.730 -40.0%	-2.171 -20.5%	-1.749 -19.4%	-2.378 36.0%	-4.449 87.1%	-5.591 25.7%	-5.311 -5.0%	-5.311 0.0%
DEP\$	33.422 3.5%	34.435 3.0%	35.678 3.6%	37.191 4.2%	38.812 4.4%	40.861 5.3%	43.006 5.3%	45.048 4.8%
Y\$	182.695 4.0%	186.697 2.2%	195.355 4.6%	204.884 4.9%	214.033 4.5%	224.385 4.8%	234.959 4.7%	242.572 3.2%
YT\$	-1.813 1.1%	-1.821 0.4%	-1.922 5.6%	-2.076 8.0%	-1.785 -14.0%	-1.367 -23.4%	-1.668 22.0%	-1.668 0.0%
NE\$	180.882 4.0%	184.876 2.2%	193.433 4.6%	202.807 4.8%	212.248 4.7%	223.018 5.1%	233.290 4.6%	240.904 3.3%

TAB. 11 : MONETAERER BEREICH (JAHRESDURCHSCHNITTE IN MRD. € BZW. PROZENT)

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
SI	39.420 11.3%	44.926 14.0%	49.771 10.8%	55.901 12.3%	60.682 8.6%	65.863 8.5%	68.563 4.1%	72.609 5.9%
TE	21.466 3.1%	18.866 -12.1%	18.788 -0.4%	20.374 8.4%	24.453 20.0%	32.759 34.0%	45.502 38.9%	49.461 8.7%
SP	125.492 3.5%	129.885 3.5%	134.049 3.2%	136.237 1.6%	138.213 1.5%	142.578 3.2%	150.419 5.5%	157.188 4.5%
KV	234.848 2.9%	236.639 0.8%	245.782 3.9%	257.653 4.8%	272.179 5.6%	280.163 2.9%	291.930 4.2%	298.060 2.1%
REU3M	3.32 -0.70	2.33 -0.99	2.11 -0.23	2.19 0.08	3.08 0.90	4.28 1.20	4.94 0.66	4.18 -0.76
REU10J	4.94 -0.10	4.11 -0.84	4.07 -0.04	3.36 -0.71	3.80 0.43	4.29 0.49	4.28 -0.01	4.37 0.09

TAB. 12 : WECHSELKURSE

	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
USD/EUR	0.945 5.6%	1.132 19.7%	1.244 9.9%	1.245 0.1%	1.256 1.0%	1.371 9.1%	1.504 9.7%	1.401 -6.8%
GBP/EUR	0.629 1.2%	0.692 10.1%	0.679 -1.9%	0.684 0.8%	0.682 -0.3%	0.685 0.4%	0.790 15.3%	0.814 3.0%
YEN/EUR	118.128 8.6%	131.033 10.9%	134.421 2.6%	136.828 1.8%	146.096 6.8%	161.256 10.4%	160.948 -0.2%	158.860 -1.3%
CHF/EUR	1.467 -2.9%	1.521 3.7%	1.544 1.5%	1.549 0.3%	1.573 1.6%	1.643 4.5%	1.613 -1.9%	1.607 -0.3%

Autoren: Bernhard Felderer, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova,
Helmut Hofer, Robert Kunst, Ulrich Schuh, Wolfgang Schwarzbauer, Edith Skriner, Ludwig
Strohner, Klaus Weyerstraß

Titel: Prognose der österreichischen Wirtschaft 2008-2009

Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 54

Redaktion: Isabella Andrej

© 2008 Institut für Höhere Studien (IHS)

Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)

Stumpergasse 56, A-1060 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ <http://www.ihs.ac.at>
